

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

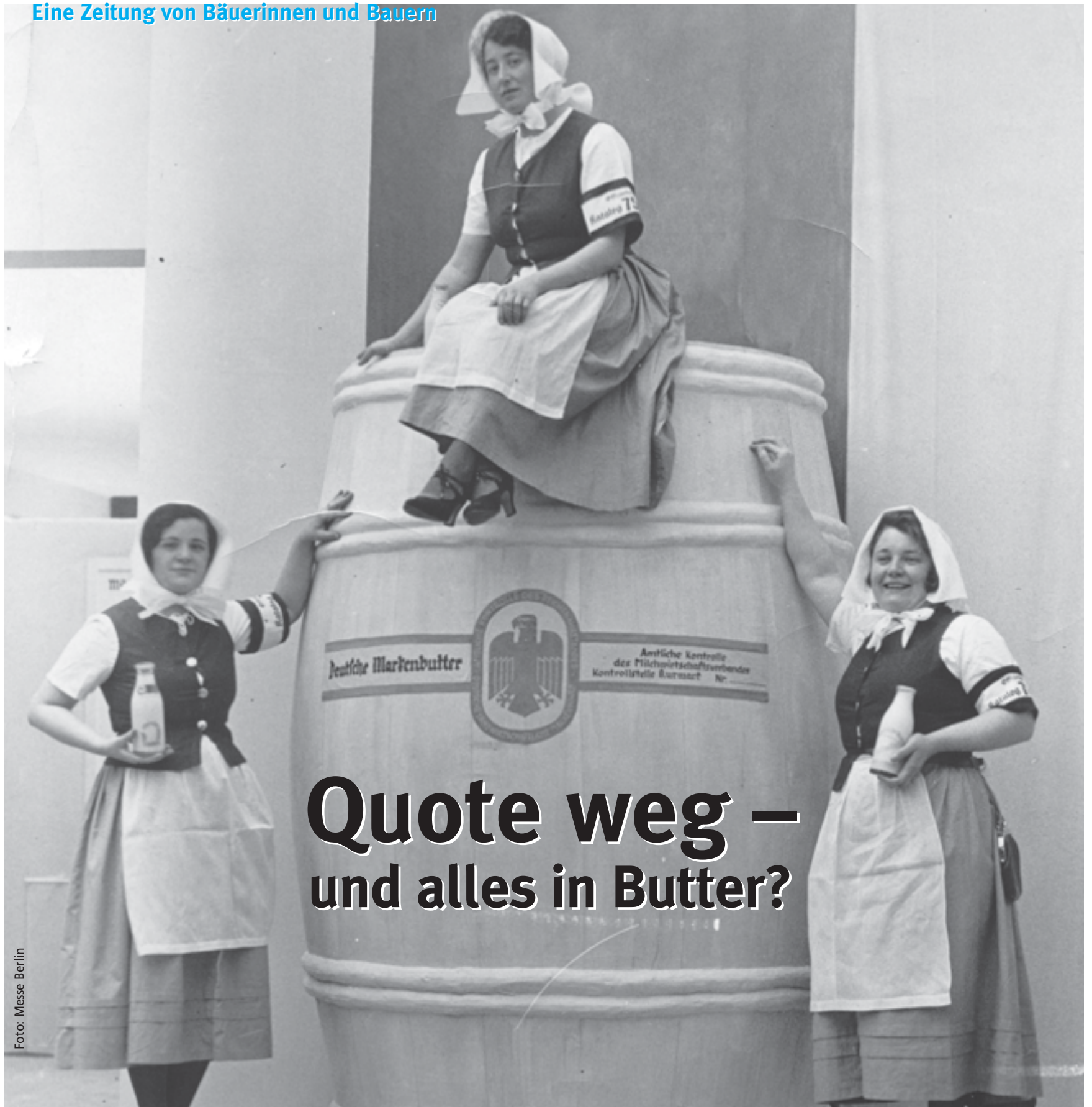


Foto: Messe Berlin

Quote weg – und alles in Butter?

Milchquote

Wissenschaft, Bauernverband und Molke-
reien fordern den Ausstieg aus der Quote,
damit Europa weltmarktfähig werde. Höhere
Milchpreise gibt's dann nicht. **Seite 11-13**

CMA-Abgaben

Wer Geld zurückhaben möchte, muss sich
beeilen und Widerspruch einlegen. DBV und
BMELV wollen per Gesetzesänderung den
Widersprüchen den Boden entziehen. **Seite 3**

AbL-Mitgliederversammlung

Wie sind die EU-Direktzahlungen zu verän-
dern? Wohin steuert die Milchpolitik? Wie
ist Gentechnikfreiheit zu sichern? Die AbL-
MV mit umfangreichem Programm. **Seite 24**

Die Seite 3

CMA jetzt in der Hand der Bauern 3
AbL fordert Bäuerinnen und Bauern zum Handeln auf

Agrarpolitik

AbL-Bayern kritisiert Kürzungen 4
Einschnitte zulasten von Biobauern und Grünlandregionen

Bauernmarkt in Brasilien 5

Milch

Verbraucher schätzen faire Milch 6

Wir sind so frei 7
In Österreich immer mehr Molkereien gentechnikfrei

Im Upland wurde gefeiert. 7

Bewegung

Castor-Alarm im Wendland 8

Markt

Besteuerung wäre Todesstoß für Pflanzenölkraftstoff 10

Schwerpunkt

Zukunft der Quote – die verschiedenen Interessen 11

FAL macht Stimmung für Ausstieg 12

Quotenausstieg 2009: Menge + 21 %, Einkommen - 9 % 13
Niederländische Studie zum Quotenausstieg

Gentechnik

Gentechnikgesetz 14
Ministerium will Eckpunkte für neues Gesetz vorlegen

Großdemo gegen Gentechnik in Nürnberg 14

Nachbau

Vom Gerichtssaal ins Hinterzimmer 15
Pflanzenzüchter wollen die Nachbaugesetzgebung ändern

EU-Netzwerk, die zweite 15
Saatgutvielfalt und Bauernrechte, Positiv-Beispiel Schweiz

Zwischenruf

Lebensmittel statt grüner Sprit 16

Internationales

43.000 Milchkühe und Pommes für McDonald's 18

AbL Jahres-Mitgliederversammlung

Das Programm 24

Weitere Themen

Aus Feld, Stall und Umfeld zu Besuch bei Michael Heubuch und Dorothee Biermann, Seite 9; Leserbrief, Seite 19; eine Bäuerin erzählt, Seite 19; Lesen und Hören, Seite 20-21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

Impressum

b unabhängige
bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/9 05 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Marcus Nürnberger; Tel.: 023 81/49 22 89, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: redaktion@bauernstimme.de;

Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich

Satz: Gebr. Wilke GmbH, Hamm

Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Welchen finanziellen Gewinn mache ich als Milchbäuerin, wenn die Milchquote abgeschafft wird? Dies ist die einzig bedeutende Frage, die sich eine Milchbäuerin stellt, wenn sie die Studie aus Wageningen zur Zukunft des Milchsektors und zum Umgang mit der Quote liest.

In der Studie findet sich allerdings keine Antwort darauf. Da wird eine Produktionssteigerung um 21 Prozent für die Niederlande vorausgesagt. Also mehr Kühe, mehr Arbeit. Das Einkommen sinkt aber um 9 Prozent! Dabei sind die Berechnungen noch ungenau. Es fehlt die Berücksichtigung steigender Kosten durch höhere Landpreise, Mehrkosten bei der Gülleentsorgung, beim Futter und den Arbeitskosten.

Was ist denn schlecht an der Milchquote? Eine Notwendigkeit zur Abschaffung ist weder durch die WTO-Absprachen noch durch den möglichen Gewinn auf einem grenzenlosen Weltmarkt gegeben.

Die Studie spricht davon, dass die hohen Quotenkosten ein Problem für die Milcherzeugung und das Quotensystem darstellen. Doch die hohen Quotenkosten sind nur in den Niederlanden ein Problem und können nicht als Argument für die ganze EU gelten.



Kommentar

Dem Verlust huldigen

Schließlich scheint die WTO-Gesetzgebung gegen Preisdumping insbesondere auf die Milchindustrie einen großen Einfluss zu haben.

Im Wesentlichen besteht dieses Gesetz darin, dass jedes Land nur Produkte auf den Weltmarkt exportieren darf, wenn diese zum selben Preis wie im Herkunftsland gehandelt werden. Daraus ergibt sich, dass erst dann, wenn der Milchpreis in Europa auf das Weltmarktniveau abgefallen ist, die Milchindustrie Produkte auf den Weltmarkt bringen kann. Der Erzeugermilchpreis muss also niedrig bleiben, da sonst nicht weiter exportiert werden kann.

Gute Zeiten für die Industrie, die aufgrund der niedrigen Rohstoffpreise beachtliche Profite erzielen kann. Schlechte Zeiten für Milcherzeuger, die definitiv die Aussicht auf einen angemessenen Milchpreis verlieren.

Derzeit schiebt die EU etwa 5 Prozent der 130 Milliarden kg produzierten Milch zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt. Das sind 6,5 Milliarden kg, die auf dem Weltmarkt einem Wert von 1,3 Milliarden Euro entsprechen. Um diese Menge weiterhin auf den Weltmarkt exportieren zu können, muss unser Milchpreis aber für 100 Prozent unserer Milch auf das Weltmarktniveau von mindestens 24 Cent fallen. Die Milcherzeuger kostet das 6 Cent pro kg Milch, insgesamt 7,8 Milliarden Euro in der EU. 7,8 Milliarden Euro Verlust für die Möglichkeit, auf den Weltmarkt exportieren zu können. Für die Milchbauern ist der Weltmarkt ein Geldverlust und kein lukrativer Markt.

Wenn die niederländische Studie das Ziel hatte, den Rest Europas über die egoistischen Absichten zu informieren, so ist dies gelungen. Die Aussage, dass die niederländische Milchproduktion um 21 Prozent wachsen wird, während sie in großen Teilen Europas abnimmt, zeichnet ein klares Bild. In vielen Ländern ist die Wirtschaft eng mit der Landwirtschaft verknüpft und bei einem Verschwinden der Milcherzeugung wird die Arbeitslosigkeit stark ansteigen. Damit ist die Quotenfrage nicht länger ein Landwirtschaftsthema, sondern eine europäische Gesellschaftsfrage.

In der Vergangenheit wurde der Markt kaputt gemacht. Industrie, Politik und Einzelhandel sind schuld daran. Eine gute Politik würde erfolgreiche Milchquoten-Systeme, von denen Erzeuger, Verbraucher und Industrie profitieren, untersuchen. Den freien Markt als die Lösung aller Probleme dazustellen, das ist dagegen nichts weiter als dem Verlust zu huldigen.

Siet van Keimpema,

Vorstandsmitglied im Dutch Dairy Board,
in dem rund 30 Prozent der
niederländischen Milchbauern zusammengeschlossen sind.
Frau Keimpema ist auch Vorstandsmitglied
im European Milk Board (EMB)

CMA jetzt in der Hand der Bauern

Wer seine Molkerei oder seinen Schlachthof jetzt auffordert, gegen CMA-Abgaben Widerspruch einzulegen, erhöht die Chance, das Geld zurückzubekommen. AbL fordert Bauern und Bäuerinnen zum Handeln auf

Eine seltsame Koalition scheint da gewachsen zu sein. Nicht nur die AbL, sondern auch die Landesbauernverbände aus Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel empfehlen ihren Mitgliedern ganz offiziell, sie mögen ihre „Handels- und Verarbeitungsbetriebe, die ihnen die gesetzlichen Pflichtbeiträge zum Absatzfonds in Rechnung stellen (Molkereien, Schlachthöfe etc.), zum Widerspruch gegen die Zahlungsbescheide der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) aufzufordern“.

Die Abgaben landen dann zunächst beim Absatzfonds mit Sitz in Bonn. Der beschäftigt nur acht Mitarbeiter/-innen und gibt das Geld – sofern es frei verfügbar und nicht aufgrund von Widersprüchen als sogenannte „strafbefangene“ Abgaben in die Rückstellung muss – an die zwei Gesellschaften CMA und ZMP weiter („Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft mbH“, rund 150 Mitarbeiter, und „Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle für Erzeugnisse der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft GmbH“, 144 Mitar-

progressiven Urteile bekannte Kölner Gericht sieht das allem zugrunde liegende Absatzfonds-Gesetz als nicht mehr verfassungskonform an und hat die Sache ans Bundesverfassungsgericht zur Prüfung dieser Frage weitergereicht. Bis Karlsruhe entscheidet, können zwei oder drei Jahre ins Land streichen.

Erklärt das Bundesverfassungsgericht das Absatzfondsgesetz für verfassungswidrig, haben nicht nur die drei Unternehmen gewonnen, die in Köln gegen ihre Abgabenbescheide geklagt hatten. Vielmehr ist dann der Absatzfonds verpflichtet, die Abgaben an jene Flaschenhalsunternehmen, die Widerspruch gegen die Abgabenbescheide eingelegt haben, zurückzuzahlen. Weil das auf den Absatzfonds zukommen kann, werden diese „strafbefangenen“ Abgaben auch nicht der CMA oder der ZMP zur Verfügung gestellt, sondern wandern in eine Rücklage beim Absatzfonds.

Rückzahlungen können also jene Unternehmen erwarten, die schon Widerspruch gegen die Bescheide eingelegt haben oder nun einlegen und sich dabei auf das Kölner Verfahren beziehen.

Und die Bauern?

Dass es sich bei den Abgaben letztlich um das Geld der Bauern und Bäuerinnen handelt, darüber herrscht – bisher jedenfalls – Einigkeit. Falls Karlsruhe das Absatzfondsgesetz für nichtig erklärt, ist es daher nur folgerichtig, dass die Molkereien und die anderen Flaschenhälse die zurück erhaltenen Abgaben den Bauern auch tatsächlich erstatten. Hilfreich dafür ist es, wenn auf den

Milchgeld- oder Schlachtabrechnungen die CMA-Abgabe schon ausgewiesen ist. Das ist aber längst nicht überall der Fall, was die Rückerstattung auch durch Gerichtsverfahren zwischen Unternehmen und Bauern in die Länge ziehen könnte. Der AbL-Vorstand fordert daher die Unternehmen auf, die Abgaben-Anteile ausnahmslos auszuweisen. Diese Forderung sollten auch die Bauern und Bäuerinnen direkt an ihre Unternehmen der abnehmenden Hand stellen, empfiehlt die AbL. Die AbL hat einen Musterbrief erstellt (siehe Kasten). „Wer heute seine nachgelagerten Unternehmen auffordert, Widerspruch gegen die Absatzfonds-Abgaben einzulegen, die Abgaben nur noch unter diesen Vorbehalt zu zahlen und auf den Abrechnungen die Abgaben auch auszuweisen, der ist im Fall der Fälle auf der sichereren Seite“, so Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf.

Eile geboten

Wer daran denkt, Widerspruch einzulegen bzw. „seine“ Unternehmen dazu aufzufordern, sollte nicht mehr lange warten. Denn der Deutsche Bauernverband, dessen Präsident Sonnleitner auch Verwaltungsratschef des Absatzfonds ist, und das Bundesministerium BMELV arbeiten an einer Novelle des Absatzfondsgesetzes. Damit, so hofft Sonnleitner, sei dann den Widersprüchen, die sich auf das Kölner Verfahren beziehen, der rechtliche Boden entzogen. Denn das Kölner Verfahren bezieht sich ja auf das dann alte Gesetz. Sonnleitner rechnet laut FAZ damit, dass die Gesetzesnovelle in den ersten Monaten 2007 verabschiedet wird. *uj*



Dieses begehbare Gebilde hat die CMA finanziert. Es soll einen Handball darstellen, das wird schon aus dem Mann davor erkennbar: Heiner Brand, Bundestrainer der deutschen Handballmannschaft. Brand will bei der Handball-WM, die vom 19. Januar bis 4. Februar 2007 in Deutschland ausgetragen wird, gewinnen. Die CMA ist Sponsor der Mannschaft, die dafür nicht nur auf den Trikots für das QS-System wirbt. Foto: CMA

Die Wege des Geldes

Die BLE treibt den größten Teil der Abgaben für den „Absatzförderungsfonds der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft“ (Absatzfonds) ein. Abführen müssen das Geld die sogenannten Flaschenhalsunternehmen, die die Rohwaren der Landwirtschaft erfassen, abpacken (Eierpackstellen) oder verarbeiten (Mühlen, Molkereien, Schlachthöfe). Bei den Molkereien übernehmen Landesbehörden oder auch die Milchwirtschaftlichen Landesvereinigungen das Eintreiben der Abgaben. Letztlich sind es aber Bauerngelder, denn die Molkereien und Schlachthöfe ziehen die Abgaben von den Erzeugern für den Liter Milch oder das Schlachtschwein gleich ab; zum Teil weisen sie die Beträge auf den Abrechnungen auch aus.

beiter). In normalen Jahren kommen so knapp 90 Mio. Euro zusammen, davon gehen 70 bis 80 Mio. Euro an die CMA und etwa 9 Mio. Euro an die ZMP. Das sind zumindest die Zahlen, die öffentlich genannt werden. Weder der Absatzfonds noch CMA und ZMP legen ihre Zahlen und Geschäftsberichte offen.

Ursprung der Widersprüche

„Normal“ werden dieses und die nächsten Jahre aber besonders für die CMA nicht werden. Denn immer mehr Flaschenhalsunternehmen legen Widerspruch gegen die Beitragsbescheide der BLE oder der entsprechenden Landesstellen ein. Die Widersprüche beziehen sich dabei auf den Beschluss des Kölner Verwaltungsgerichts vom Mai 2006 (Aktenzeichen 13 K 2230/05, siehe Bauernstimme 09/06). Das für seine

Musterbrief

An die Molkerei, den Schlachthof ...

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich nehme Bezug auf das laufende Klageverfahren von drei Unternehmen aus der Ernährungsbranche vor dem Verwaltungsgericht Köln gegen die Zwangsabgabe des Absatzfonds (AZ 13 K 2230/05). Die Kölner Richter halten das Absatzfondsgesetz für verfassungswidrig und haben die Frage dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zur Klärung vorgelegt.

Ich möchte Sie auffordern,

- 1.) dass Ihr Unternehmen unverzüglich Widerspruch gegen die Zahlung der auf landwirtschaftliche Produkte erhobenen Zwangsabgabe zur Absatzförderung einlegt und die Zahlungen in Zukunft nur noch unter Vorbehalt leistet, um später Rechtsansprüche geltend machen zu können.
- 2.) dass im Falle eines Klageerfolges vor dem Bundesverfassungsgericht sichergestellt wird, dass ich als bäuerlicher Lieferant die gezahlte Zwangsabgabe von Ihrem Unternehmen zurückerstattet bekomme.

Ich bitte Sie, mir diese beiden Anliegen baldmöglichst schriftlich zu bestätigen. Vielen Dank für Ihre Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen

Bilateral statt WTO?

EU-Handelskommissar Peter Mandelson drückt hinsichtlich der Eroberung externer Märkte auf die Tube. Im Oktober schallte es aus der Kommission: Die Strategie der Kommission werde eine „neue Generation“ bilateraler Handelsabkommen mit neuen Märkten vorantreiben, wobei alle Formen von Handelsbarrieren abgeschafft würden. Diese Strategie ist nicht ganz neu. Seit Anfang des Jahres bastelt die Handelsabteilung der EU-Kommission an Ideen, wie auch ohne Abschluss der laufenden WTO-Welthandelsrunde der weltweite Handel so schnell wie möglich forciert werden kann. Nur hatte sich die EU bisher eher bedeckt gehalten. Denn bilateral vorzupreschen, das gefährdet die multilateralen Verhandlungen in der WTO. Das findet jedenfalls der Chef der Welthandelsorganisation Pascal Lamy. Er warnt, dass zu viele bilaterale und regionale Handelsgespräche von dem eigentlichen Versuch ablenken, ein WTO-Abkommen zu erreichen. Vor allem den kleineren Ländern, so Lamy, fehlten dafür die Kapazitäten. Entwicklungspolitische Organisationen sehen die bilateralen Anstrengungen der EU besonders kritisch, da vor allem bei den Handelsgesprächen mit Entwicklungsländern die EU erfahrungsgemäß keine großen Zugeständnisse machen muss, ihre handelsverzerrenden Subventionen zu reduzieren. Experten vermuten, dass die WTO-Handelsgespräche erst nach den Präsidentschaftswahlen der USA im Herbst 2008 wieder aufgenommen werden. *bet*

Kennzeichnung der Herkunft gefordert

Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) und der Bundesverband der Regionalbewegung haben aus Anlass des Tags der Regionen am 1. Oktober den Gesetzgeber aufgefordert, eine Pflicht zur Kennzeichnung der Herkunft für alle Lebensmittel einzuführen. Auch bei verarbeiteten Produkten müsse auf einen Blick erkennbar sein, woher dessen Rohstoffe kommen. „Verbraucher sollen Produkte aus zweifelhafter Herkunft meiden und ihrem Wunsch nach regionalen Produkten nachkommen können“, so vzbv-Vorstand Prof. Dr. Edda Müller. „Wer auch in 10 Jahren noch Geschäfte und Handwerker vor Ort haben will, muss heute bei ihnen einkaufen und ihnen Aufträge geben“, so Brigitte Hilcher, Bundeskoordinatorin zum Tag der Regionen. *pm*

AbL NRW: Kürzung zurücknehmen!

Die AbL Nordrhein-Westfalen hat zusammen mit dem BUND-Landesverband den nordrhein-westfälischen Minister Eckhard Uhlenberg aufgefordert, die von ihm geplante, „fachlich und finanziell unbegründete Streichung der Förderung tier- und umweltgerechter Haltungssysteme“ zurückzunehmen. Insbesondere die Förderung der Weidehaltung müsse erhalten bleiben, fordern AbL und BUND. Andernfalls drohe das Aus für viele bäuerliche Betriebe und der Verlust landwirtschaftlicher Vielfalt in ohnehin benachteiligten Regionen wie dem Sauerland, dem Bergischen Land und der Eifel. Spätestens mit der Zusage von 30 Mio. Euro zusätzlicher Mittel aus Brüssel sei das Geld dafür vorhanden. *pm*

„Regionen aktiv“ wird fortgeführt

Die Förderung von bisher 18 Modellregionen aus dem Wettbewerb „Regionen aktiv“ wird fortgeführt. Für die Förderung der neuen Phase II stehen rund 8,5 Millionen Euro zur Verfügung, teilt das Bundesministerium BMELV mit. Dank „Regionen aktiv“ konnten in den 18 Modellregionen in vier Jahren „fast 1.500 Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten“ werden, so das BMELV. Die finanzielle Förderung betrug insgesamt 49,3 Mio. Euro in den vier Jahren. Die Kosten pro Arbeitsplatz mit rund 36.500 Euro lägen damit deutlich unter Vergleichswerten konventioneller Programme. *pm*



Besonders den Betrieben in benachteiligten Gebieten und den Biobetrieben geht es in Bayern ans Einkommen aus der zweiten Säule. Foto: Meixner

Kurzes am Rande

AbL Bayern kritisiert Kürzungen

Einschnitte zu Lasten von Biobauern und Grünlandregionen

Die AbL-Regionalgruppe Chiemgau-Inn-Salzach hat die Pläne der bayerischen Staatsregierung für die Fördermaßnahmen der zweiten Säule in den Jahren 2007 bis 2013 stark kritisiert. Bei der Ausgleichszulage, beim Kulturlandschaftsprogramm KULAP und bei den Naturschutzprogrammen komme es zu Einschnitten von über 40 Prozent. „Das sind rund 3.000 Euro für einen 30 Hektar-Betrieb“, rechnet der Vorsitzende Andreas Rimmelberger vor.

Die ökologisch wirtschaftenden Bauern in Bayern würden in Zukunft „gehörig in die Zange genommen“. Durch die Kürzung der staatlichen Zahlungen um 100 Euro je Hektar würden sie beim Ringen um Pachtflächen entscheidend geschwächt, denn die Biogasbauern bekämen weiterhin ihre hohen Einspeisevergütungen. „Ökobetriebe werden hier langfristig nicht mehr mithalten können und ihre Pachtflächen verlieren“, erwartet Rimmelberger.

Die Biobauern in allen umliegenden Staaten, allen voran Österreich, Tschechien, Polen, Ungarn, müssten keine Kürzungen hinnehmen. Deren Regierungen wollten ihre finanzielle Unterstützungen für die Biolandwirtschaft sogar weiter ausbauen. Weil Bioprämien von der nachgelagerten Hand eher zur Preissenkung missbraucht würden, würden durch steigende Prämien in den Nachbarstaaten die Bemühungen zu sehr erschwert, die Erzeugerpreise für die Biobauern anzuheben.

Rimmelberger: „Der stetige Marktwachstum bei den biologischen Lebensmitteln in Deutschland geht derzeit schon weitgehend an den hiesigen Erzeugern vorbei, durch die Kürzungen werden immer mehr bayerische Bauern aufgeben müssen. Dies bedeutet nicht nur den Verlust wertvoller Arbeitsplätze, sondern hat daneben gravierende Auswirkungen auf die Kulturlandschaft, das Trinkwasser, auf die Artenvielfalt und damit auch auf den Tourismus und überhaupt auf die Lebensqualität der Bevölkerung.“

Bioverbände

Auch die Landesvereinigung ökologischer Landbau Bayern (LVÖ) äußerte sich in diese Richtung. Während sich Bayern und hierbei vor allem der Großraum München zu den „weltweit besten Absatzmärkten für Bioprodukte“ entwickelt hätten, werde den bayerischen Bäuerinnen und Bauern der Zugang zu diesem Wachstumsmarkt mit der massiven Verschlechterung der Rahmenbedingungen versagt. Auch in der

Lebensmittelverarbeitung wie Molkereien und Babynahrungsherstellung drohten Arbeitsplätze ins benachbarte Ausland abzuwandern. „Bei der Staatsregierung wird die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Landwirtschaft angesichts der Globalisierung beschworen. Doch im ökologischen Landbau ist nicht einmal die Konkurrenzfähigkeit zu den unmittelbaren Nachbarländern wie z. B. Österreich gegeben“, so die LVÖ.

Während die LVÖ stark kritisiert, dass konventionell wirtschaftende Betriebe mit verschiedenen KULAP-Bausteinen mehr Förderung erhalten könnten als Biobetriebe, fordert Rimmelberger die Bayerische Staatsregierung auf, mehr Geld bereitzustellen: „Wer den Transrapid und die Gentechnik mit Milliarden-Beträgen unterstützen kann, dem sollten 80 Millionen Euro pro Jahr für die Erhaltung unserer Kulturlandschaft nicht zu viel sein“, meint Rimmelberger.

An einem Punkt kritisiert Rimmelberger auch die „großen Bioverbände“. Sie wollten eine Obergrenze der Bioprämien verhindern. Dabei könne nur die Einführung einer arbeitskraftbezogenen Obergrenze bei den Ausgleichszahlungen der ersten und der zweiten Säule verhindern, dass weiter die kleinen und mittleren Bauernhöfe vernichtet werden“, so Rimmelberger. Im Entwurf des bayerischen KULAP für die nächsten Jahre ist eine Obergrenze enthalten – sie gab es in Bayern in früheren Jahren bereits, ist aber dann abgeschafft worden.

Mehr Investitionsmittel

Der Bayerische Bauernverband hatte zunächst allgemein eine Aufstockung der Landesmittel für die zweite Säule gefordert und erreicht, dass nicht etwa KULAP-Mittel, sondern die Landesmittel zur Investitionsförderung um zunächst 20 Mio. Euro pro Jahr in 2007 und 2008 aufgestockt werden. Jetzt fordert er, dass auch die Gelder für KULAP und Ausgleichszulage aufgestockt werden. Schließlich komme es besonders in Grünlandbetrieben zu Einbußen von bis zu 8.000 Euro im Jahr.

Unterdessen hat der bayerische Minister Miller (CSU) angekündigt, dass nicht nur die Prämien für neue KULAP-Verträge gekürzt würden, sondern auch die für solche laufenden Fünf-Jahresverträge, die Ende 2006 noch nicht auslaufen. Hier kündigt er Kürzungen von 20 Prozent an.

Bauernmärkte in Brasilien

„Brot für die Welt“ startet Kampagne „Niemand isst für sich allein“

Der Export landwirtschaftlicher Rohstoffe macht für bäuerliche Familienbetriebe keinen Sinn“, sagte Aparecido Alves de Souza kürzlich in Stuttgart. Brot für die Welt hatte ihn eingeladen, um auf der Eröffnungsveranstaltung der Kampagne „Niemand isst für sich allein“ zu berichten. Alves de Souza arbeitet für die Kooperative Centro de Agricultura Alternativa in Brasilien. Brasilien – kaum ein Land zeigt sich in der Landwirtschaft von so unterschiedlichen Seiten. Alves de Souza sagt: „Es gibt 27 Betriebe, die allein 24,8 Millionen Hektar Land umfassen.“ Gigantische Betriebsgrößen und zunehmende Rationalisierung führten zur Vertreibung der Menschen aus den ländlichen Räumen und zur Landflucht und natürlich zur Verdrängung der bäuerlichen Familienbetriebe.

Andererseits seien diese bäuerlichen Betriebe enorm wichtig für die Lebensmittelherzeugung. Allein 90 Prozent des in Brasilien verbrauchten Manioks werde in bäuerlichen Betrieben erzeugt und in einigen Regionen im Norden versorgt sich sogar drei Viertel der Bevölkerung mit Produkten aus der Region, über Bauernmärkte vermarktet. Alves de Souza spricht von der Belebung lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe und von der notwendigen Veredlung der Produkte, mit denen ein Mehrwert erzielt werden könne. Damit könne auch auf dem Weltmarkt gepunktet

werden. „Export macht nur Sinn“, sagt der Brasilianer, „wenn es sich um weiterverarbeitete Produkte handelt.“

Zurück nach Europa. „Die EU-Agrarpolitik hat große Betriebe gefördert“, beschreibt AbL-Bundevorsitzende Maria Heubuch die Lage bäuerlicher Betriebe vor Ort. „Die Preise orientieren sich nicht an den Produktionskosten, sondern an den Subventionen, am sogenannten Weltmarktpreis und an den Interventionspreisen.“ Von den derzeit gezahlten Preisen könnten die Bauern hier kaum noch leben. „Wir hungern nicht, aber wir sind in unserer Existenz gefährdet“, sagt Maria Heubuch.

Lobby-Arbeit geplant

Egal ob in Brasilien oder in Baden-Württemberg, die bäuerliche Landwirtschaft ist von ähnlichen Gefährdungsmechanismen bedroht. Ein Grund, warum Brot für die Welt seine Kampagne „Niemand isst für sich allein“ genannt hat. Deshalb ist politische

Lobbyarbeit geplant, die sowohl die EU-Agrarpolitik als auch die Welthandelspolitik in eine Richtung lenken soll, die Bäuerinnen und Bauern in Nord und Süd stärkt. Aber auch der Verbraucher kann Politik machen, indem er bevorzugt regionale Produkte oder fair gehandelte Produkte aus dem Süden kauft. Die Kampagne von Brot für die Welt zielt also auch auf die Förderung von nachhaltigem Konsum ab. Die AbL ist Projektpartnerin in der Kampagne und wird im nächsten Jahr verschiedene Aktionen und Veranstaltungen dazu organisieren.

Berit Thomsen



Ob Brasilien, Indien (Foto) oder Europa – die Probleme sind unterschiedlich, einige Gefährdungsmechanismen aber gleich. Auf deren Lösung macht die neue Kampagne aufmerksam. Foto: Paul Jeffrey/ACT International

FAO vor Scherbenhaufen

Zum Welternährungstag am 16. Oktober hat die UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) höhere Investitionen in die Landwirtschaft und eine bessere Kooperation zwischen kleinbäuerlichen Betrieben und der Agrarindustrie gefordert. Die Menschenrechtsorganisation FIAN hat zwar die Forderung nach höheren Investitionen begrüßt, aber die einseitige Ausrichtung der FAO auf Exportproduktion und Agrarindustrie kritisiert. „Wachstum und technischer Fortschritt reichen zur Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung nicht aus“, kommentiert Armin Paasch, Agrarreferent von FIAN Deutschland. „Solange Agrarkonzerne und Supermärkte keine fairen Preise für Agrarprodukte zahlen, bleibt der Welthandel für Kleinbauern ein Verlustgeschäft.“

Am 30. Oktober wird die FAO in Rom auf einer Sondersitzung die Fortschritte bei der Hungerbekämpfung seit dem Welternährungsgipfel von 1996 ziehen. Damals hatten die Regierungen versprochen, die Anzahl der Hungernden bis 2015 zu halbieren. Stattdessen ist die Zahl seither von 840 auf 854 Millionen angestiegen. „Zur Halbzeit steht die Staatengemeinschaft vor dem Scherbenhaufen einer verfehlten Landwirtschaftspolitik“, so Armin Paasch.

Gespräch mit neuer Ministeriums-Leitung

AbL-Landesverband Rheinland-Pfalz und Nebenerwerbslandwirte beim neuen Staatssekretär Englert

Der neue Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, der Ostasienwissenschaftler Prof. Dr. Siegfried Englert, und Vertreter des Verbandes der Landwirte und Winzer im Nebenerwerb (VLN) Rheinland-Pfalz-Saar und der

AbL Rheinland-Pfalz und Saarland kamen am 9. Oktober in Mainz zu einem ersten Gespräch zusammen.

Das Land, das geprägt ist von kleinstrukturierten, bäuerlichen Familienbetrieben, wolle über eine ausgebaute zweite Säule der Agrarförderung die Wettbewerbsfähigkeit der ländlichen Regionen stärken. Dazu hat das Land PAULA entwickelt, ein Programmpaket für Agrar, Umwelt und Landschaft, führte Englert aus.

Zur Agro-Gentechnik betonte AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen, dass die Erfahrungsberichte nordamerikanischer Berufskollegen doch sehr zu denken gäben. Weder seien die prophezeiten Vorteile

noch eine verbesserte betriebswirtschaftliche Situation bei den Landwirten eingetreten. Es sei besonders wichtig, dass allen gentechnikfrei wirtschaftenden Betrieben auch in Zukunft gentechnikfreies Saatgut bereitgestellt werde. Staatssekretär Englert versicherte, er werde sich den Sorgen und Bedenken der Landwirte nicht verschließen. Allerdings werde Rheinland-Pfalz der Gentechnik an sich nicht entgegenstehen. Die Frage der Freisetzung von GVO in der landwirtschaftlichen Produktion müsse aber mit Sorgfalt entschieden werden.

Auch das agrarsoziale Sicherungssystem wurde besprochen. Für den Nebenerwerbsverband wies Bundesgeschäftsführer Jens Reichardt darauf hin, dass die Struktur der landwirtschaftlichen Sozialversicherungen zu sehr auf Haupterwerbsstrukturen ausgerichtet sei und daher für nebenberufliche Landwirte oft eine unverhältnismäßige Belastung darstelle.

Jens Reichert



(v. l. n. r.) Georg Janßen (AbL), Gerhard Gompelmann (Vorsitzender VLN Rheinland-Pfalz-Saar), Staatssekretär Prof. Siegfried Englert, Jens Reichardt (DBN-Bundesgeschäftsführer), Norbert Worm (Geschäftsführer AbL Rheinland-Pfalz).

Foto: DBN

Amerikaner wollen keine rBST-Milch

In den USA steigt die Nachfrage nach Milch, die ohne den Einsatz von künstlichen Hormonen produziert wurde, deutlich an. Das in den USA verwendete Hormon rBST, das unter dem Namen Posilak von dem Unternehmen Monsanto vertrieben wird, ist im vergangenen Jahr wieder verstärkt in die Diskussion geraten. Studien zufolge ist nicht auszuschließen, dass das Hormon krebserregend ist. Große Milchverarbeiter haben deshalb Teile der Produktion vor allem von Trinkmilch auf rBST-freie Milch umgestellt. Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu 60 Prozent, vor allem größere Farmen, rBST einsetzen, offiziell Zahlen gibt es nicht. Das Hormon wird mit Hilfe gentechnisch veränderter Bakterien gewonnen. rBST stimuliert das natürlich in der Kuh vorkommende Hormon Somatotropin, welches im Stoffwechsel entscheidend für die Milchproduktion verantwortlich ist. Monsanto sieht in der aufkeimenden Verbraucherkritik „weg vom künstlichen Hormonen“ nur die Suche der Unternehmen nach neuen Märkten. Das Unternehmen beteuert, das Hormon sei in seiner Anwendung sicher und führe nicht zu gesundheitlichen Problemen. *mn*

Migros lässt gentechnikfrei füttern

Das größte schweizerische Einzelhandelsunternehmen Migros will ab Mitte kommenden Jahres kein ausländisches Fleisch mehr verkaufen, bei dessen Produktion gentechnisch veränderte Futtermittel zum Einsatz kamen. In der Schweiz selbst wird nahezu kein gentechnisch verändertes Futter verwendet. Nach Aussage des Firmensprechers Urs Peter Naef können sechs ausländische Lieferanten bisher noch nicht garantieren, dass in der Tierfütterung keine gentechnisch veränderten Futtermittel zum Einsatz kommen. Diese Lieferanten sollen nun umgestellt bzw. durch andere ersetzt werden. Das Engagement der Migros steht in engem Zusammenhang mit Protestaktionen von Greenpeace Schweiz. Im Juli hatte die Umweltorganisation durch das Leerräumen von Fleischregalen bei Migros protestiert. Die Unternehmen Denner, COOP und Spar hatten schon Wochen vorher erklärt, auch beim Fleisch gentechnikfrei zu sein bzw. daran zu arbeiten. *mn*

Versicherungen zahlen nicht

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft sieht auch nach Einführung einer „guten fachlichen Praxis“ für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen keine Möglichkeit, eventuelle Schäden aus dem Anbau von Genpflanzen zu versichern. Das Risiko von Schadensfällen erscheint den Versicherungen weiterhin zu wenig kalkulierbar. Die Ergebnisse aus dem bisher „punktuell“ durchgeführten Erprobungsanbau seien nicht in der Lage, mögliche Kontaminationswege aufzuzeigen. Insbesondere nennt der Verband die zu erwartenden Probleme, die in der Waren- und Lieferkette auftauchen können. Die Verunreinigungen seien eventuell erst in einigen Jahren zu entdecken. *mn*

Genweizen führt zu Umsatz-Einbußen

Der Anbau gentechnisch veränderten Weizens in den USA ist ein wirtschaftliches Risiko für die US-Farmer. Einer jetzt veröffentlichten Untersuchung der Western Organisation of Resource Councils zufolge wäre mit dem Verlust von bis zu einem Viertel des Exportmarktes für Weizen zu rechnen. Der Weizenpreis würde demzufolge um ein Drittel fallen. Schon im Jahr 2004 hatte das Unternehmen Monsanto von der Markteinführung eines gentechnisch veränderten Weizens aufgrund der fehlenden Akzeptanz bei Farmern und Verbrauchern Abstand genommen. *mn*

Milchaustauscher erhöhten BSE-Risiko

Eine epidemiologische Studie der Tierärztlichen Hochschule Hannover im Auftrag der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung hat ergeben, dass beim „Einsatz von (speziellen) Milchaustauschern“ das Risiko der BSE-Erkrankung der Rinder auffällig und zum Teil statistisch signifikant häufiger war. Untersucht wurden die BSE-Fälle in Niedersachsen und zum Teil auch in Schleswig-Holstein. In der Gruppe der BSE-Fälle in Niedersachsen bis Ende 2003 wurden demnach in den 90er Jahren um 41 Prozent mehr Milchaustauscher eingesetzt als in einer Vergleichsgruppe ohne BSE. Diese Ergebnisse bezüglich Milchaustauscher ähneln sich laut den Autoren mit anderen bisherigen Untersuchungen in Bayern und Schleswig-Holstein. Auffällig in Norddeutschland war zudem, dass sich eine weitere auffällige Häufung von BSE-Fällen bei der Rasse der Holstein Rotbunten gezeigt hat. Wenig Bedeutung geben die Forscher ihrem Befund, dass „Rinder, die in großen Betrieben gehalten werden, in Schleswig-Holstein wie in Niedersachsen ein signifikant größeres Risiko (haben), mit BSE infiziert zu werden, als Rinder in kleinen Betrieben“. Daraus leiten die Forscher nur weiteren Untersuchungsbedarf ab, damit unterschiedliche Managementfaktoren berücksichtigt werden können. *uj*

Verbraucher schätzen „Faire Milch“

Studie der Bundesforschungsanstalt Kiel belegt Erfolg

Als hätten die Verbraucher auf diesen Fair-Preis-Aufschlag gewartet: Mit Einführung des „Erzeuger-fair-Milchprojekts“ ist der Milchabsatz in den entsprechenden Läden gestiegen.

Eine Studie des Instituts für Ökonomie der Ernährungswirtschaft der Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel in Kiel begleitete die Einführung der fair Milch. Die Wissenschaftler ziehen eine durchweg positive Bilanz und stellen fest, dass die Verbraucher den Preis-aufschlag, der direkt den Erzeugern zu gute kommt, bereitwillig akzeptieren.

Die Upländer Bauernmolkerei hatte das „Erzeuger-fair-Milchprojekt“ im Januar 2005 ins Leben gerufen. Die Milch wird mit einem Mehrpreis von 5 Cent je Liter im Naturkost-Fachhandel angeboten. Der vom Verbraucher gezahlte Mehrpreis kommt den Milchbauern zugute, da er vom Fachhandel über die Molkerei direkt an die Produzenten weitergereicht wird.

Über 60 Naturkostläden beteiligten sich bisher an dem Projekt und verkauften die Upländer Ökomilch mit dem Fairpreis-aufschlag. Um den Kunden die Wahl zu lassen, wurde weiterhin auch Öko-Milch ohne Aufschlag angeboten. Ab dem 1. Oktober 2006 erhebt die Upländer Bauernmolkerei für ihre gesamte Biomilch den Erzeuger-fair-Milch-Zuschlag von 5 Cent/Liter.

Während der Öko-Milchabsatz in den ersten drei Quartalen 2005 einen Anstieg

von etwa fünf Prozent verzeichnete, stieg der Absatz der Fairmilch 2005 um ca. 20 Prozent. „In einzelnen Läden mit besonderer Bewerbung und engagierten Betreibern wurde bis zu 50 Prozent mehr Fair-Milch verkauft“, berichtet die Geschäftsführerin der Molkerei Karin Artzt-Steinbrink.

Im November 2005 ist die Meierei Trittau in das Projekt eingestiegen. Seitdem wird auch in Norddeutschland Erzeuger-fairmilch vom Hamfelder Hof mit dem 5 Cent-Siegel angeboten. Inzwischen gibt es auch in den Niederlanden das Bestreben, das Fairmilchsiegel zu nutzen. Die Upländer Bauernmolkerei hat sich die Rechte an dem Siegel schützen lassen. „Das Zeichen kann ohne Lizenzgebühr genutzt werden“, erläutert Karin Artzt-Steinbrink. „Von den Nutzern muss aber dauerhaft sichergestellt sein, dass der Mehrerlös auch wirklich bei den Landwirten ankommt.“

Bei der Suche nach den Motiven der Kunden kommen die Wissenschaftler aus Kiel zu einem überraschenden Ergebnis. Es sind keine uneigennütigen Überlegungen, die zu einem Kauf der Erzeuger-Fair-Milch führen. Das wichtigste Kaufkriterium ist der Geschmack. Gefolgt von ökologischen Überlegungen: kurzen Transportwegen regionaler Produkte. Viele der Befragten verbinden mit regionaler Milch auch höhere Frische und eine längere Haltbarkeit.

mn

BDM beschließt Verschmelzung

Neuer Gesamtvorstand gewählt

Der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter BM e. V. hat auf seiner Jahreshauptversammlung im nordrhein-westfälischen Reken die Verschmelzung mit dem BDM Nord sowie seinen Regionalorganisationen Milchbauernvereingung Baden-Württemberg und Deutsche Milchviehhalter Süd beschlossen. Die Mitglieder der beiden Regionalverbände hatten ihrerseits bereits im September auf den jeweiligen Jahresversammlungen die Zustimmung erteilt. Damit der Vorgang erfolgreich abgeschlossen werden kann, muss noch der BDM-Nord auf seiner Mit-

gliederversammlung am 2. November in Zeven entsprechend votieren.

Der BDM geht offenbar von einer Zustimmung in Zeven aus. Denn in Reken wurde bereits ein neuer Vorstand gewählt, „um einen reibungslosen Übergang sicherzustellen“. Den dreiköpfigen Vorstand bilden nun Romuald Schaber aus Bayern als Vorsitzender und Stefan Mann aus Hessen und Walter Peters aus Mecklenburg-Vorpommern als Stellvertreter. Daneben wurde auch ein neunköpfiger Beirat gewählt (siehe auch Seite 12). *uj*



Wir sind so frei

In Österreich stellen immer mehr Molkereien auf gentechnikfreie Produkte um



Hilfe bei der Umstellung bietet die Arbeitsgemeinschaft Gentechnik-frei erzeugter Lebensmittel (ARGE Gentechnik-frei) als unabhängige gemeinsame Plattform von Lebensmittelhandel, Lebensmittelproduzenten, Bioverbänden, Umweltorganisationen und Konsumentenschutzgruppen. Ziel der 1997 gegründeten Organisation ist die Sicherstellung von Wahlfreiheit und Sicherheit für den Konsumenten.

Klar definierte Standards

Die sowohl für ökologische als auch konventionelle Produktlinien einheitlichen Standards für die Kennzeichnung „Gentechnik-frei erzeugt“ wurden durch Aufnahme in den Österreichischen Lebensmittelkodex eingeführt. Die Kontrolle erfolgt in Anlehnung an das Bio-Kontrollsystem, also ab Prozess- bzw. Warenflusskontrolle, die durch analytische Untersuchungen ergänzt wird. Bei der Erstkontrolle erfolgt eine 100-prozentige Betriebserhebung, die u. a. den Futtermittelnutzung auf den Betrieben, Rezepturen und Dokumentationssysteme erfasst. In Abschätzung des Betriebsrisikos entsprechend der jeweiligen Produktionszweige und dem Soja- und Betriebsmittelnutzung wird ein individuelles Kontrollkonzept hinsichtlich Dokumentation und Qualitätssicherung entwickelt.

Situation in Österreich

Die Tirol Milch ist die erste Molkerei, die eine Umstellung auf gentechnikfreie Milch konsequent angegangen ist. 700 Bauern aus dem Oberinntal, das sind 12 Prozent der Landwirte der Molkerei, erklärten sich im Jahr 2002 bereit mitzumachen. Die Kon-

trollkosten übernimmt die Molkerei, gezahlt wird 1 Cent/kg Aufschlag an die Betriebe. Inzwischen hat sich die gentechnikfreie Milch-Produktion auf 30 Mio. kg ausgedehnt, 97 bis 98 Prozent der Landwirte sind dabei.

Die Kärntner-Milch hatte zunächst ihre gentechnikfrei-Anstrengungen auf ihr Bio-segment konzentriert. Ende 2004 wurde dies dann auch auf den konventionellen Bereich ausgedehnt. Seit Oktober 2005 arbeitet die Molkerei komplett gentechnik-frei. 60 Bauern produzieren 90 Mio. kg Milch. Die Milch wird zu 150 gentechnik-freien Produkten (inkl. Eigenmarken und Fruchtzubereitungen) verarbeitet.

Nicht zuletzt durch den Konkurrenzdruck der gentechnikfreien Molkereien, aber auch zur Verbesserung ihres Images bei den Bauern und Konsumenten ist auch die zweitgrößte österreichische Molkerei, die NÖM (Niederösterreichische Molkerei) seit einem Jahr dabei. Nach einem Jahr Vorbereitungszeit liefern nun 2.000 Bauern 280 Mio. kg gentechnikfreie Milch, die zukünftig auch zu Joghurt, Frischkäse und Sauerrahm verarbeitet werden soll.

Nicht alle gleich

Die größte österreichische Molkerei, die Berglandmilch, geht einen anderen Weg. Hier haben sich 12.000 Bauern zum Verzicht auf GVO-Soja verpflichtet. Als gentechnikfrei gekennzeichnet wird die Milch aber nicht. Dies wird von den Mitbewerbern wegen unterschiedlicher Standards kritisiert, denn so werden die Richtlinien des Kodex Alimentarius unterlaufen bzw.

durch unterschiedliche Auslobungen kann es zur Verwirrung der Verbraucher kommen. Sich an den Kodex zu halten bzw. ihn pragmatischer zu gestalten wäre für die Konsumenten einfacher. Der Kodex ist derzeit in einer Reformierungsdiskussion.

Spannend für die weitere Marktentwicklung in Österreich aber auch Deutschland ist, dass die Handelskette Hofer – die österreichische Tochter von Aldi Süd – Ende Oktober mit gentechnikfreien regionalen Produkten unter der Marke „Zurück zum Ursprung“ an den Markt gehen will. Diese sollen mit hoher medialer Unterstützung und der entsprechenden Werbung des Unternehmens lanciert werden. 25 Cent je Liter soll die Milchtüte im Regal mehr kosten (insgesamt rund 70 Cent). Die gentechnikfreie Milch soll laut Lebensmittelzeitung von 500 Bauern der Obersteirischen Molkerei und von 10 Bauern der Bergland-Molkerei geliefert werden.

Und bei uns?

Zusammenfassend kann man sagen, dass im österreichischen Milchbereich der Durchbruch in Sachen gentechnikfreier Milch geschafft ist. Auch weitere Molkereien wie Stainzer-Milch und Pinzgau-Milch arbeiten daran bzw. haben ihre konventionelle Sparte bereits umgestellt.

Da fragt man sich nur, wovon sich die Molkereien in Deutschland noch scheuen? Bisher sind im konventionellen Bereich nur die Upländer Bauernmolkerei (Bergweide-Milch „ohne Gentechnik“) und Scheitz/Andechs (Verzicht auf gentechnisch veränderte Futtermittel) aktiv. *Annemarie Volling*

Im Upland wurde gefeiert

10-jähriges Bestehen der Bauernmolkerei

Als großen Erfolg feierten die Bio-Landwirte und die Belegschaft das zehnjährige Bestehen der Upländer Bauernmolkerei, die sich seit der Gründung in Bio-Bauernhand befindet. Zu dem Festakt am 30. September waren weit über 300 Besucher nach Willingen-Usseln gekommen. Dr. Felix Prinz zu Löwenstein, Vorsitzender des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), würdigte in seinem Festvortrag das Engagement der Upländer Bauernmolkerei. „Sie ist ein Vorzeigeprojekt der Bio-Bewegung in Deutschland. Wir sind stolz auf diese Molkerei, auf die Idee, die hinter ihr steht, und auf die Impulse, die von ihr ausgegangen sind“, betonte Löwenstein.

Der AbL-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf erinnerte an die An-

fänge: „Wir haben vor dem Beginn viel diskutiert. Es war nicht nur ein Projekt, das Menschen vor Ort eine Perspektive geben sollte und gegeben hat, sondern es war auch ein hoch politisches Projekt“, so der AbL-Vorsitzende.

Hier seien Selbsthilfe und die Auseinandersetzung um bäuerliche Werte auch in den

Bereichen Verarbeitung und Handel umgesetzt worden. *uj*



Die Mitarbeiter der Upländer Bauernmolkerei, die seit Beginn an dabei sind, wurden vom Aufsichtsratsvorsitzenden Josef Jacobi (l.) und der Geschäftsführerin Karin Artzt-Steinbrink besonders geehrt. Foto: Upländer Bauernmolkerei

Protest an der Universität Rostock

Anlässlich der Pflanzenbautagung der Gesellschaft für Pflanzenbauwissenschaften im September haben Studenten unter dem Motto „Der Genpollen aus Groß Lüsewitz ist angekommen“ auf die Freisetzungsversuche transgener Rapspflanzen in Groß Lüsewitz aufmerksam gemacht. Etwa 1200 gelbe Luftballons mit der Aufschrift „Gen-Food – Nein Danke“ säumten das Gelände der Agrar- und Umweltwissenschaftlichen Fakultät Rostock und symbolisierten auf eindrucksvolle Art und Weise, wie unkontrollierbar sich die Pollen transgener Pflanzen in der Umwelt verbreiten. Die Studenten forderten weiterhin eine von Agrokonzernen unabhängige Forschung im Pflanzenbau und machten auf einem weiteren Transparent deutlich, dass nachwachsende Rohstoffe nur ohne den Einsatz der Gentechnik eine nachhaltige Option für die Zukunft sind.

Auf der Pflanzenbautagung, die als Schwerpunktthema nachwachsende Rohstoffe hatte, waren etwa 200 Wissenschaftler anwesend. Es dürfte ihnen nicht entgangen sein, dass auch an der sonst gegenüber der Gentechnik so positiv eingestellten Fakultät kritische Stimmen laut werden. *Bilau*

Friedensnobelpreis für Dorfbank – dazu passend das Theaterstück der BC

Es kann keinen dauerhaften Frieden geben, solange große Bevölkerungsgruppen keine Wege aus der Armut finden, so das Nobelkomitee in seiner Erklärung zur Vergabe des Friedensnobelpreis 2006 an den Wirtschaftsexperten Mohammed Junus und seine Grameen-Bank (Dorfbank). Junus begann an der gängigen Wirtschaftslehre zu zweifeln, als er bei einer Studie vor Ort erkannte, dass Menschen leiden müssen wegen weniger als einem Dollar, der ihnen fehlt. 1976 verlieh er 27 Dollar an 42 Korbflechterinnen, arme Frauen, die bisher als nicht kreditwürdig galten. Das Projekt wurde ein Erfolg. 1983 bekam die Grameen-Bank die Lizenz und hat seitdem mehr als 4 Mrd. Euro an 6,6 Mio. arme Menschen verliehen – mit Erfolg: Die Kredite werden zu 99 % zurückgezahlt.

In Deutschland hat die aus der Friedensbewegung hervorgegangene Theatertruppe „Berliner Compagnie“ (BC) ein Stück über eine Kleinkreditgruppe in Bangladesch im Repertoire: Kredit für Taslima (siehe auch Bauernstimme 1/2006 S.19). Gastspiele für 2007 können gebucht werden unter Tel: 089-1298624, www.BerlinerCompagnie.de we

Brot statt Waffen für Afghanistan

Eine falsche Strategie treibt die Menschen in Afghanistan wieder in die Arme der Taliban, nur fünf Jahre nach deren Sturz – so das internationale Expertenforum „Senlis Council“ in seiner jüngsten Studie. Demnach wurden seit 2002 in Afghanistan 82,5 Milliarden Dollar für Militäroperationen ausgegeben, aber nur 7,3 Milliarden für Wiederaufbau, meldet die *Frankfurter Rundschau*. Der Süden des Landes stehe vor einer humanitären Katastrophe – mit Flüchtlings-Camps und verhungerten Kindern vor den Toren der Militär-Camps. Die aggressive Vernichtung von Opiumfeldern habe viele Bauern ihrer einzigen Einkommensquelle beraubt. Immer wieder würden Zivilisten im Bombenhagel getötet. Die Taliban gingen auf die wachsenden Nöte der Bevölkerung ein. Viele Afghanen hätten die Ausländer 2001 noch euphorisch begrüßt, nun lehnten sie diese ab – als respektlos gegenüber Frauen, selbstsüchtig, gewalttätig und unehrlich. Die bisher verlorene Schlacht um die Herzen und Köpfe der Afghanen, so Senlis, und die drohende Spirale der Gewalt müsse zu einem Strategiewechsel führen – im „Krieg gegen den Hunger“ müssten die Menschen im Süden umgehend mit Wasser und Nahrung versorgt werden. pm

Das Nichts und die Kartoffeln

Dem „Nichts“ hatte die Frankfurter Schirn-Kunsthalle eine Ausstellung gewidmet: Man sah fünf verzinkte Filmspulen von Ingmar Bergmanns Film „Das Schweigen“ übereinandergestapelt, einen bildlosen Rahmen und die Projektion eines Diaprojektors ohne Bild. Die Werke sollten im Kopf Bilder, Töne und Geschichten entstehen lassen: So auch der absolut weiße Raum, in dem die Besucher im Kopfhörer die von Künstlern verlesenen Texte hörten. Zum Beispiel das Gedicht von Lawrence Wiener: „One Potato, two potato, three potato and more; eine Kartoffeln, zwei Kartoffeln, drei Kartoffeln und mehr“ – und wieder von vorn. John Bock hatte die Geräuschkulisse eines Boxkampfes für sein Werk ausgewählt. Kartoffeln und Boxkampf – da liegt die Assoziation zur Auseinandersetzung zwischen Bauern und Europlant um „Linda“ greifbar nahe in der Luft. Aber das ist ja nun wiederum nicht „Nichts“ – sondern eher schon „Allerhand“... en

Arme Schweine im Schloss

Noch bis zum 26.11. präsentiert der Professor für visuelle Kommunikation Holger Matthies auf Schloß Neuhausen die Ausstellung „Arme Schweine – eine Kulturgeschichte“. 400 Exponate geben einen lebendigen Eindruck von der spaßig-ernsten Vielschichtigkeit, mit der wir Menschen das Schwein gesehen haben und sehen: Sie bedeuten Glück oder Sparsamkeit, Schmutz oder Unordnung, sie sind Symbole sexueller Lust (Miss Piggy) und Schimpfwort-Lieferanten, ihr Fleisch ist als Speise sowohl begehrt als auch verboten. Der von der Stiftung Schloss Neuhausen herausgegebene Katalog mit 140 Seiten ist erschienen im Nicolai-Verlag, Berlin und kostet 19,80 Euro (ISBN 3-89479-0). en

Genmanipuliertes Gras entflohen

In Oregon/USA ist ein speziell für Golfplätze entwickeltes herbizidresistentes Gras in die Wildnis gelangt. Das „Creeping Bentgrass“ wurde von dem Unternehmen Scotts Miracle-Gro Co. gemeinsam mit Monsanto, dem Roundup-Produzenten, entwickelt. Wissenschaftler warnen davor, dass es durch die Freisetzung vermehrt zu Auskreuzungen in andere Gräser kommen kann. In der Folge ist mit dem Entstehen von weiteren Roundup-resistenten Gräsern zu rechnen. Der Erfolg bei der Unkrautbekämpfung durch ein herbizidresistentes Gras würde dann nur einen kurzzeitigen Erfolg bringen und das Herbizid würde seine Wirkung verlieren. pm

Kurzes am Rande

Castor-Alarm im Wendland

Bäuerliche Notgemeinschaft ist aktiv.
Aufakt demonstration am 11. November in Gorleben

Das leuchtend gelbe X wird wieder herausgeholt und vor die Scheunen, Häuser und in die Gärten im niedersächsischen Wendland aufgestellt. Es ist das Symbol für den Castor-Alarm und sagt: „Wir stellen uns quer!“ Ab dem 10. November 2006 sind wieder hochradioaktive Atommülltransporte von Frankreich in die Zwischenlagerhalle nach Gorleben ins Wendland angekündigt. In vielen Dörfern kommen in diesen Wochen bewegte Bürgerinnen und Bürger zusammen, die vielfältige Widerstandsaktionen planen. Die älteren Widerständler mit den Namen „Graue Zellen“ z. B. treffen sich mit Klappstühlen jeden Sonntag zur „Stuhlprobe“ vor dem Verladekran in Dannenberg, nach dem Motto: „Wer heute den Kopf in den Sand steckt, knirscht morgen mit den Zähnen“.

Die Polizei ermittelt in alle Richtungen. Im Oktober wurde zudem ein Bauernhof in Langendorf durchsucht, es wurden verschiedene Gegenstände sichergestellt. Unbekannte hatten im Dorf Anfang September ein Loch in die Fahrbahndecke gebohrt. Die Polizei geht davon aus, dass dieses Loch für eine geplante Blockadeaktion gebohrt worden war.

Rechtzeitig vor dem nächsten Castor-Transport haben einige Mitglieder der Bäuerlichen Notgemeinschaft Vorladungen von der Kriminalpolizei Lüneburg erhalten. Ihnen wird vorgeworfen, wegen der Anketzungaktion bei der Treckerblockade im letzten Jahr in Gusborn-Grippe (die Bauernstimme berichtete) für neun Stunden eine „Nötigung“ begangen zu haben.

Für die Beteiligten und die bewegten Menschen im Wendland steht fest: Der Transport von tödlich strahlendem Atommüll und die einer Demokratie unwürdigen Polizeieinsätze gegen die eigene Bevölkerung sind Nötigung. Deshalb ruft die AbL dazu auf, sich an den vielfältigen Aktionen entlang der Castor-Transportstrecke zu beteiligen und die Bäuerliche Notgemeinschaft im Wendland zu unterstützen.



Auch die Trecker stehen quer! Foto: Wolfgang Eisenberg

Auch die Bäuerliche Notgemeinschaft Lüneburg-Dannenberg hat ihre aktive Vorbereitungsphase begonnen und plant eine Reihe von phantasievollen, gewaltfreien Aktionen, immer nach dem Motto: „Wir kämpfen mit offenem Visier!“ Die Polizei, inklusive vieler Zivilpolizisten, ist in großer Zahl auch schon vor Ort. Sie hat in jüngster Zeit eine juristische Schlappe hinnehmen müssen. Um den Castor-Transport 2003 vor Anti-Atom-Aktivisten zu schützen, hielt die Polizei gleich alle (!) Anwesenden eine Nacht lang im Dorf Laase fest und ließ keinen mehr raus. Zu Unrecht, wie das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg im Oktober entschied.

Aktuell funktioniert der Polizeifunkverkehr im Wendland nicht reibungslos. In einem Waldstück bei Leitstade kippte ein 25 Meter hoher Funkmast um, der ausschließlich für Polizeizwecke dort errich-

Die große Auftakt-Demonstration, an der sich auch die Bäuerinnen und Bauern der Notgemeinschaft mit ihren Treckern beteiligen, findet statt am Samstag, den 11. November 2006 in Gorleben an den Atomanlagen, 13 Uhr.

Aktuelle Informationen über alle wichtigen Termine stehen auf der Internetseite der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüneburg-Dannenberg, www.bi-luechow-dannenberg.de, oder sind zu erhalten unter Telefon: 05841-4684.

Georg Janßen

Als „Vorbereitungslektüre“: *Erinnerungen für die Zukunft*, Dokumentation über den Castor-Transport 2005, zu beziehen über den AbL-Verlag zum Solidaritätspreis von 10,- Euro

Betriebsspiegel

Den Betrieb führen Franz und Maria Heubuch, die Söhne Michael und Alexander helfen an Wochenenden mit. 40 Milchkühe, 30 ha Grünland

Einleitend möchte ich ein paar Angaben zu dem Bub machen. Der Bub ist schon zwanzig. Er ist so welt-offen, wie man als Württembergischer Allgäuer, der auf dem arbeitsreichen Bauernhof seines Vater aufwächst, halt sein kann. Und so hat er seine Mutter, die mit ihrem älteren Sohn Brüssel und das Europaparlament besuchen wollte, aber auf Grund des besagten arbeitsreichen Bauernhofes nicht fahren konnte, gerne vertreten.

Graefe zu Baringdorf hatte eingeladen, so haben sich 40 deutsche Europäer auf die Fahrt nach Brüssel gemacht. Die meisten der altersmäßig bunt gemischten Gruppe kamen aus seinem westfälischen Heimatkreis, der Bus startete in Bielefeld. Aus diesem Grund reisten mein Bruder und ich einen Tag zuvor aus dem Allgäu in das ca. 550 km entfernte Gütersloh an. Obdach sowie ei-

nen reichlich gedeckten Tisch fanden wir bei Familie Kattenstroth, die ebenfalls dem Europaparlament mal über die Schulter schauen wollte.

Zu früher Stunde starteten wir mit dem Bus direkt durch Holland nach Belgien und kamen nach fünf Stunden in Brüssel an. Während der Fahrt fragte ich mich, was gibt es in Belgien? Welche Klischees gibt es über Belgier? Welche bekannte Persönlichkeit kommt aus Belgien? Außer dem Brüsseler Atomium, ein Überbleibsel der Weltausstellung von 1958, dem europäischen Regierungszentrum und ein paar Mark Dutroux Witzen fiel mir nichts ein.

Im Hotel angekommen, merkte ich sofort, dass die EU es mit uns nicht schlecht meinte. Das frisch renovierte Drei-Sterne-Hotel würde meinen Aufenthalt angenehm gestalten. Nach dem Einchecken gab es in einem sehr stylischen Restaurant ein Mittagessen. Auch wenn der vermeintliche Kartoffelbrei sich als „Grautpasste“ herausstellte, konnten wir danach gestärkt auf die

dreistündige alternative Stadtrunde aufbrechen. Wir schauten das soziale Brennpunktviertel Anderlecht und Parks, die aufgrund von Bürgerinitiativen entstanden sind, an. Weil unsere Gruppe zu einem großen Teil aus landwirtschaftlich Interessierten bestand, zeigte uns der Stadtführer auch die Schlachtviehhalle mit dem gesamtem Schlachthof und das Metzgerviertel, wo auch noch regelmäßig Viehmärkte stattfinden. ... Abgeschlossen haben wir den Tag mit einem super schicken und leckeren Abendessen in einem gediegenen Restaurant am Grand Place.

Am nächsten Morgen ging's direkt zum Europaparlament. Mit freundlicher Lebhaftigkeit erzählte Graefe zu Baringdorf alles über seinen Werdegang, seinen Alltag und seine Arbeit im Parlament. Er erzählte, dass Politik auf dieser Ebene am besten mit einem Viehmarkt zu vergleichen sei. Kuhhandel und Kompromisse seien notwendig, um wenigstens Teile der eigenen Pläne verwirklichen zu können. Spielraum hierfür biete vor

allem die Tatsache, dass einige Politiker von den großen Europaparteien sich leichter auf eine Seite ziehen lassen als im Bundestag, wo absolute Linientreue erwartet werde. Anschließend ging es in den Plenarsaal, den ich sehr imposant empfand. An diesem Ort wurde mir die Europäische Idee sehr klar, was die Einheit der 25 Staaten und 455 Mio. Einwohner bewirken soll. Jedes Land soll sich weiter entwickeln und dabei seine Kultur pflegen, aber in einer Gemeinschaft, die für alle die gleichen Bedingungen bietet.

Nachmittags hat sich unsere Gruppe geteilt. Während die „politisch Interessierten“ sich im Agrarausschuss Meinungen zur Gentechnik anhörten und enttäuscht über die schwammigen Aussagen zurückkamen, habe ich mit dem anderen Teil die süße Seite von Brüssel, in Form einer Chocolaterie, erkundet. Uns wurde die Geschichte der Schokolade geschmacklich und fachlich näher gebracht. Um den daheim Gebliebenen das Gefühl zu vermitteln, nicht umsonst die Reisenden vertreten zu haben, wurde noch die eine oder andere Praline gekauft.

Jetzt war es auch schon so weit, nach einer kurzen Verabschiedung durch unseren Europaabgeordneten ging es wieder Richtung Heimat. Insider-Tipps über Belgien gibt's von mir keine. Aber ich kann sagen, ich war nicht nur zum Spaß in Brüssel. Einige Eindrücke vom Belgier an sich hab ich auf jeden Fall gewonnen. Zum einen, dass er sehr viel Wert auf sein eigenes Heim legt, dass er ein Schleckmaul ist und dass das Manneken-Piss der berühmteste Brüssler ist!

Michael Heubuch

Bauernbub in Brüssel

An diesem herbstlichen Montagmorgen ist mal wieder Ausnahmezustand: Der Maishäcksler kommt, mit acht Reihen Arbeitsbreite, vier Trecker mit Kipfern sind am Fahren und zwei auf dem Maissilo.

Die Kühe scheren sich natürlich darum nicht, schon gar nicht, wenn's ums Kalben geht. Morgens wird unsere alte Lilo von einem gesunden Bullenkalb, Fleckviehkreuzung, entbunden – schön. Auch Halline liegt seit der Frühe in den Wehen, aber da geht irgendwie nichts weiter. Mittags ruft mich die Schwiegermutter – Jürgen ist weiter im Ausnahmezustand –, ich solle mal dabeipacken. Vorsichtig fühle ich in die Kuh. Vier Beine und ein Kopf wollen gleichzeitig heraus, entweder Zwillinge oder eine seltene Spielart der Natur. Da sich auf Antrieb nichts sortieren lässt, rufen wir den Tierarzt an. Er kann zunächst auch keine Ordnung schaffen, bringt dann aber nach längerem Gewurschtel zwei gesunde Bullenkälber, Fleckviehkreuzungen, auf die Welt.

Gegen Abend, der Maishäcksler ist zum Nachbarn weitergezogen, wird noch Anna melk: Ein gesundes Bullenkalb – rotbunt!

Am nächsten Morgen klingelt in aller Frühe das Telefon. Die aufmerksame Nachbarin hat zwei kleine Kälber auf der Wiese liegen sehen. Wir gehen zur Weide mit den trockenen Kühen, wo Alessa in der Nacht allein Zwillinge bekommen hat. Sie sind schon trockenenge-



Kälbersegen

leckt. Zwei Bullenkälber, Fleckviehkreuzungen, lebend, aber leider nicht ganz gesund. Das eine Kalb hat einen verkrüppelten linken Vorderfuß, auf dem es wohl nie wird stehen können. Wegen der morgendlichen Kühle bringen wir die Kuh mit ihren Kälbern in den Abkalbestall. Dort ereignet sich bald darauf ein tragisches Unglück: Von der Geburt noch etwas schwach auf den Beinen, begräbt die Kuh beim Hinlegen ihr gesundes Kalb unter sich. Wir finden es kurz darauf tot im Stall – traurig. Wenigstens versucht das andere Kalb schon

aufzustehen, trotz seines verkrüppelten Fußes. Später gelingt es ihm auch, und inzwischen steht es einigermaßen sicher auf seinen drei Beinen. Was aus dem Kalb mal wird, wissen wir noch nicht, aber jetzt wird es erst mal gepäppelt. Sechs Kälber in zwei Tagen, das ist bei uns schon viel und stellt erhöhte Anforderungen an die Schwiegermutter und ihre Kälbertränkeologin. Nach einer Woche übernimmt dann zwar im Regelfall der Tränkeautomat, aber erst mal brauchen die Kleinen viel Zeit und Zuwendung, sowohl während sie noch bei

der Kuh sind, als auch, wenn sie nach drei Tagen in Einzelboxen umgestellt werden. Gut, dass ein solcher Kälbersegen nicht alle Tage vorkommt. Müssten wir irgendwann mal noch mehr Kühe halten, sähe das vielleicht auch anders aus.

Dorothee Biermann

Betriebsspiegel:

Der Hof von Jürgen Altbrod und Dorothee Biermann liegt im Sauerland. 45 ha Grünland, 5 ha Getreide, 6 ha Silomais, 30 ha Wald 45 Rotbunte Kühe mit Nachzucht 20 Mastbullen/Jahr

Besteuerung wäre Todesstoß für Pflanzenölkraftstoff

Landwirt Daniels fühlt sich mit seiner modernen, dezentralen Ölmühle trotz guter Nachfrage politisch nicht gewollt

Palmöl-Verbot?

Die EU-Industriekommission will laut Presseberichten den Einsatz von Palmöl als Biobrennstoff verbieten, weil die zunehmende Produktion von Palmöl negative Folgen für Biovielfalt, Landkonflikte und Klima habe. Auf Bundesebene hat sich der Bundesrat einer Initiative des Saarlandes angeschlossen, um den Import von Palmöl aus ökologisch bedenklichem Anbau zur Verwertung als Biotreibstoff zu erschweren. Der Bundesrat hat am 13. Oktober dem entsprechenden Entschließungsantrag des Saarlandes zum neuen Biokraftstoffquotengesetz zugestimmt. Die Länderkammer fordert den Bund auf, die gesetzlichen Regeln so zu ändern, dass nur solche pflanzlichen Öle und Biokraftstoffe beigemischt und in Anlagen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eingesetzt werden dürfen, die entweder in der EU erzeugt werden oder nachweislich nach einem in der EU oder international anerkannten Zertifizierungssystem aus nachhaltigem und naturverträglichem Anbau stammen.

pm

Reines Pflanzenöl als Kraftstoff rechnet sich – noch. Speditionen haben ganze Fahrzeugflotten dafür umgerüstet. Auch die Anzahl dezentraler Ölmühlen hat sich in den vergangenen drei Jahren von 98 auf ca. 300 Anlagen bundesweit verdreifacht. Dabei sollen Bauern und Maschinenringe laut Angaben der UFOP (Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen) rund 60 bis 70 Mio. Euro investiert haben.

6.000 l Öl täglich

Eine der neuen Rapsölpresen arbeitet seit 2003 auf dem Betrieb Daniels im Kreis Wessel am Niederrhein. 5.000 t Raps werden hier im Jahr gemahlen. Daraus entstehen zu 33 Prozent Öl und zu 66 Prozent Presskuchen, der an Kraftfutterwerke vermarktet wird. Das Ehepaar Daniels ist stolz auf seine moderne Anlage. Sie läuft Tag und Nacht und erzeugt rund 6.000 l Öl täglich. Doch ob dieser neue Betriebszweig Ölmühle, den sie als eigenständigen Gewerbebetrieb auf dem Hof errichtet haben, Zukunft hat, darüber entscheidet nun die Politik. Diese will ab 2008 eine allmähliche Besteuerung. 45 Ct je l sollen schließlich 2012 aufgeschlagen werden, so sieht es der Finanzausschuss der Bundesregierung derzeit vor. „Bei einem Preis von 70 Cent je Liter für Pflanzenöl plus 45 Cent Steuern macht das 1,15 Euro“, rechnet Peter Daniels vor, „damit würden wir über dem Preis für mineralischen Diesel liegen. Dazu kommen noch die Kosten für die Umrüstung des Motors, damit er pflanzenöлтаuglich ist!“ Schon Steuern von 10 ct je l sind aus seiner Sicht bei Pflanzenöl zu viel. „Da rüstet doch keiner mehr um!“

Die von der Politik bemängelte Überkompensation gebe es bei reinem Pflanzenölkraftstoff gar nicht. Schließlich müssten auch die Risiken der neuen Technologie be-

rücksichtigt werden, die besonders in der Umrüstung des Motors liegen. Bei Biodiesel sei das anders. Dort findet Landwirt Daniels eine Besteuerung von 8 bis 9 ct je l angemessen. „Aber die Politiker wissen

90 Prozent des von ihm auch an Händler vermarkteten Öls schließlich als Kraftstoff Verwendung findet. Denn nicht nur im Speiseölbereich sei Qualität wichtig, auch die LKW-Fahrer schätzen ein sauberes Öl. Dass



In diesem Kasten rinnt das Öl aus der Rapsaat: Landwirt Peter Daniels an der Presse im Herzen seiner Ölmühle, die seit 2003 auf seinem bäuerlichen Betrieb läuft.

doch gar nichts über den Unterschied zwischen Biodiesel und reinem Pflanzenölkraftstoff!“ – so seine Erfahrung, aus einer Fahrt mit dem Bundesverband Dezentrale Ölmühlen (BDOEL) zum Finanzausschuss nach Berlin.

Speiseölqualität in den Tank

Dabei sehen Peter und Renate Daniels große Chancen in der reinen Pflanzenöltechnologie für die Landwirtschaft. Traditionell wird auf ihrem Hof Industrialkohol aus Getreide erzeugt. Doch seit das Branntweinmonopol in der Diskussion ist, suchten sie ein neues Standbein. Da war zuerst die Idee, in der hofeigenen Brennerei selbst Biodiesel herzustellen. Eine Umesterung wäre im Prinzip möglich, wurde aber von den zuständigen Behörden abgelehnt. So kamen sie zur Pflanzenöltechnologie, besuchten eine Reihe von Ölmühlen in Bayern und bauten schließlich eine Ölpresse. Den Raps, den sie dort verarbeiten, kaufen sie zu. Denn die Pflanze verträgt sich schlecht mit der eigenen Fruchtfolge. Gemüse, Kartoffeln und Getreide bauen sie auf ihrem 75 Hektar-Betrieb an und halten 900 Mastschweine. Drei Generationen arbeiten mit, dazu ist noch eine volle Arbeitskraft beschäftigt.

Das Rapsöl, das Landwirt Daniels produziert, hat Speiseölqualität. Ein geringer Teil wird direkt in Flaschen abgefüllt und verkauft. Der Großteil jedoch geht über die Waage, wobei die Mindesteinheit der 1.000 l Container ist. Peter Daniels schätzt, dass

er inzwischen auch nach Cottbus und Bremen liefert, verdanke er seiner hohen Qualität. Dabei war anfangs viel Arbeit nötig, um Kunden zu finden. Heute ist der Absatz kein Problem mehr. Dafür sind die Rapspreise angestiegen. Doch hier denkt Ölmüller Daniels ganz als Landwirt und gönnt seinen Kollegen den guten Markt.

Landwirtschaft nicht Kunde

Als Kunde für seinen Pflanzenölkraftstoff spielt die Landwirtschaft keine große Rolle, denn Rapsöl braucht einen hohen Drehzahlbereich. So findet sein Öl Verwendung bei Spediteuren. Auch ist die Technik bei LKW-Motoren am weitesten ausgereift. Die Landwirtschaft dagegen arbeitet im unteren oder wechselnden Drehzahlbereich, braucht Treibstoff vorwiegend von März bis Oktober und liegt in der Entwicklung der Motoren noch zurück. Das 100-Schlepper-Programm zum Beispiel wird aus Sicht von Peter Daniels nicht wirklich weiterverfolgt. Allein mit der Belieferung der Landwirtschaft, die weiterhin von der Kraftstoffsteuer für Pflanzenöl befreit bleiben soll, wäre die Ölmühle der Daniels nicht ausgelastet.

„Die Politik will die dezentralen Biokraftstoffe aus der Landwirtschaft nicht wirklich“, so die bittere Erfahrung von Peter und Renate Daniels. Wenn die Besteuerung kommt, wie derzeit geplant, dann haben sie eine Investition von rund einer halben Million Euro in den Sand gesetzt.



Die Ölmühle Daniels am Niederrhein – eine der 200 dezentralen Anlagen, die in den letzten drei Jahren bundesweit neu entstanden sind. Fotos: Erdmanski-Sasse

Für den 3. November hat Bundesminister Horst Seehofer zu einem kleinen Milchgipfel eingeladen. Offizielles Thema ist die „Künftige Ausrichtung der Milchmarktpolitik“, faktisch wird es vor allem um die Zukunft der Milchquote gehen. Es mehren sich die Stimmen, die lautstark das Ende der Quote fordern.

So auch Wissenschaftler der FAL Braunschweig, die für das Bundesministerium verschiedene Optionen berechnet haben.

Untersucht haben sie auch eine Kürzung der Milchquote um 15 Prozent in der EU. Für den Milchpreis und das Einkommen der Milcherzeuger bescheinigen die Wissenschaftler dieser Option die beste Noten. Trotzdem sprechen sie sich strikt gegen diesen Ansatz. Weg mit der Quote, sagen sie und erwarten dadurch steigende Exportchancen der EU-Milchindustrie auf dem Weltmarkt.

Eine niederländische Studie untersucht die Folgen eines schnellen Quotenausstiegs. Ergebnis: Die Menge steigt um ein Fünftel, das Einkommen sinkt um ein Zehntel.

Keine guten Aussichten – für die Milchbauern und Bäuerinnen.



Zukunft der Quote – die verschiedenen Interessen

Milchbauern im Süden gegen Quoten-Abschaffung. Wissenschaft und Bauernverband dafür

Eine „steife Brise“ wehte dem schleswig-holsteinischen Bauernverbands-Präsidenten Otto-Diedrich Steensen ins Gesicht, als er auf dem Milchforum 2006 im baden-württembergischen Ils-

hofen vom Podium den Ausstieg aus der Milchquote im Jahr 2015 forderte u. a. mit Hinweis auf die Chancen auf „liberalisierten und globalisierten Märkten“. Die Bauern erwiderten, sie hätten viel

Geld in die Milchquoten investiert, die Aufwendungen hierfür seien bei den jetzigen Milchpreisen nicht in ein paar Jahren abzarbeiten, begründeten sie. Und sie forderten, sich auf die Suche nach Konzepten zu konzentrieren, die zu höheren Milcherzeugerpreisen führen.

In der Tat: Bei höheren Milchpreisen hätten auch die Betriebe in süddeutschen Regionen noch Perspektiven, weiterhin von der Milch leben zu können. Doch einige halten das für gar nicht so wünschenswert.

Ein neues Gutachten der Bundesforschungsanstalt „für“ Landwirtschaft (FAL) in Braunschweig drängt die Politik vielmehr dazu, alle Anreize zur Fortführung der Milchwirtschaft auch in solchen Betrieben zu unterlassen, die von ihren Produktionskosten her eigentlich nicht wettbewerbsfähig sind. Die Autoren um Prof. Folkhard Isermeyer halten das volkswirtschaftlich für kontraproduktiv: „In jenen Regionen, die eigentlich nicht wettbewerbsfähig sind, werden durch hohe Milchpreise und niedrige Quotenpreise Investitionen ausgelöst, die ohne das Milchquotensystem nicht stattfänden und sich langfristig als Fehlinvestitionen herausstellen können. Und in jenen Regionen, die eigentlich wettbewerbsfähig sind,

unterbleiben sinnvolle Investitionen, weil die Quotenregelung eine Aufstockung der Produktion unterbindet oder zumindest verteuert.“ So soll es in dem Entwurf für ein Gutachten der Wissenschaftler stehen, das sie im Auftrag des Bundesministeriums BMELV verfasst haben (siehe Seite 12).

Diskutiert werden sollen die Ergebnisse auch auf dem kleinen Milchgipfel am 3. November, zu dem Minister Horst Seehofer Verbände und Wissenschaftler eingeladen hat. Angesetzt sind drei Stunden. Als Referenten stehen Prof. Weindlmaier von der TU München, Prof. Isermeyer von der FAL und Dr. Thiele von der Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel Kiel auf dem Programm – kein Bauer, keine Bäuerin, für sie gibt es die Diskussionen. Schließlich soll das Treffen den Diskussionsprozess nur einleiten.

In der zweiten Jahreshälfte 2007 will die Bundesregierung dann ihren Standpunkt zur Zukunft der Quote festlegen. Dann stehen bald die Ergebnisse der Überprüfung der EU-Milchmarktordnung durch die EU-Kommission bevor, so dass dann in den Jahren 2008 oder 2009 möglicherweise neue Beschlüsse auf EU-Ebene ins Haus stehen.

Kein Ausstieg beschlossen

Auch wenn es immer wieder behauptet wird: Es gibt keinen Beschluss auf EU-Ebene, dass die Milchquote spätestens zum 1. April 2015 beendet wird oder ausläuft. In der entsprechenden Verordnung (EG) 1788/2000 vom 29. September 2003 heißt es lediglich: „Ab dem 1. April 2004 wird für elf aufeinander folgende Zeiträume von zwölf Monaten (nachstehend „Zwölfmonatszeiträume“ genannt) beginnend mit dem 1. April auf die im jeweiligen Zwölfmonatszeitraum vermarkteten Mengen von Kuhmilch oder anderen Milcherzeugnissen, die in Anhang I festgesetzten einzelstaatlichen Referenzmengen überschreiten, eine Abgabe erhoben (nachstehend „Abgabe“ genannt)“ (Artikel 1, Abs. 1). Ob diese Quoten und die Straf-abgaben für Überlieferungen nach dem 1. April 2015 weiter gelten sollen oder, ist völlig offen. Weil es aber offen ist und viele keine Mehrheit im EU-Agrarminis-

terrat sehen, die sich für eine Fortsetzung einer Quotenregelung aussprechen würde, gehen viele davon aus, dass die Quote 2015 sicher enden wird.

Doch sicher sein kann sich niemand. Eine viel klarere Aussage enthielt die alte Verordnung aus der Agenda 2000 (Verordnung (EG) 1256/1999 vom 17. Mai 1999). Dort hieß es im Artikel 3: „Der Rat verpflichtet sich, im Jahr 2003 auf der Grundlage eines Berichts der Kommission eine Halbzeitbewertung mit dem Ziel vorzunehmen, die gegenwärtige Quotenregelung nach dem Jahr 2006 auslaufen zu lassen.“ Doch bekanntlich wurde das Ziel nicht eingehalten, es gab eine Mehrheit für den Fortbestand, und zwar gleich für neun weitere Jahre. Bei der nächsten Reform sind allerdings 12 neue Mitgliedstaaten dabei, die zu den Quotengegnern gezählt werden. Aber entgültig sicher sollte sich niemand sein.

uj

uj

FAL macht Stimmung für Ausstieg

Vor der Veröffentlichung des Gutachtens werden politische Schlussfolgerungen verbreitet

Die Wissenschaftler um Prof. Dr. Folhard Isermeyer von der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) betreiben gerade wieder Politik in besonderem Stil. Im Gewand der Wissenschaft werden öffentlich Empfehlungen und Warnungen an die Politik gesandt, ohne dass ihre Grundlagen mit offengelegt würden. Während die Methoden und Ergebnisse des Gutachtens, das Isermeyer mit einigen Kollegen für

das Bundesministerium erstellt hat, unter Verschluss bleiben, werden die politischen Empfehlungen bereits lanciert und als Schlussfolgerungen aus dem Gutachten dargestellt. So meldet *Agra Europe* vom 16. Oktober unter der Überschrift „Wissenschaftler plädieren für Ausstieg aus der Milchquote“, dass der Ausstieg „deutliche Vorteile gegenüber einer Quotenkürzung“ bietet und die „Wettbewerbsfähigkeit des Milch-

sektors“ erhöhen würde. Doch in dem folgenden Artikel ist nicht eine Zahl genannt, dafür viel Meinung.

Quoten-Kürzung untersucht

Dabei untersucht das Gutachten sogar – und das ist bisher in der europäischen Wissenschaft ziemlich selten passiert – nicht nur die Folgen eines Ausstiegs, sondern auch die einer Quotenkürzung. Dem Vernehmen nach beinhaltet

diese Option eine Kürzung um satte 15 Prozent, die zu Einnahmesteigerungen für die Betriebe von bis zu über 50 Prozent führen sollen. Dabei hat aber eine Quotenkürzung um 15 Prozent in der politischen Diskussion bisher kaum jemand gefordert. Kleine Mengenreduzierungen werden für ausreichend gehalten, um positive Effekte auf den Milchpreis für die Bauern zu erreichen.

Die Gutachter aber halten eine solche Kürzung offenbar für notwendig, weil sie davon ausgehen, dass allein die Abschaffung der Exportsubventionen schon dazu führen wird, dass auf dem EU-Binnenmarkt 20 Prozent mehr Milch untergebracht werden müssen. Wenn also das Ziel einer Quotenkürzung ist, den Preis hoch zu halten, müssten entsprechende Quoten gekürzt werden.

Zu halben Vollkosten?

Wie zu erfahren war, kommt das FAL-Gutachten zu dem Schluss, dass Milchpreise in der EU ohne Quotenkürzung durch die Abschaffung der Exportsubventionen auf unter 22 Cent fallen werden. Ob dafür noch viele Milcherzeuger Milch erzeugen können, dürfte mehr

als fraglich sein. Denn die Vollkostenrechnungen, die in den letzten Jahren erstellt worden sind, kommen alle zu weit höheren Preisen, die nötig sind, um die Vollkosten zu decken. Sogar die Auswertung des DLG-Forums „Spitzenbetriebe“ von bundesweit 148 Betrieben kommt zu Vollkosten von knapp 40 Cent/kg, selbst das „beste Viertel“ der Betriebe braucht 33 Cent/kg. Die Betriebszweiganalyse 2005 von bundesweit über 2200 Betrieben mit durchschnittlich 75 Kühen kommt auf Vollkosten von über 44 Cent/kg.

Das FAL-Gutachten ignoriert diese Zahlen und geht anders vor: Da einzelne Betriebe in Deutschland von den Produktionskosten her auf dem Niveau von Betrieben in anderen EU-Ländern lägen, seien sie durchaus wettbewerbsfähig. Das größte Defizit bestehe darin, dass die deutschen Betriebe vor allem in Süddeutschland zu klein seien. Wachstum sei daher eine Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Milcherzeugung, werden die Wissenschaftler zitiert.

Ob und wann das Gutachten veröffentlicht wird, ist noch nicht bekannt. *uj*



Das ist auf dem Weltmarkt nicht wettbewerbsfähig. An dieser Wettbewerbsfähigkeit geht aber laut FAL kein Weg vorbei.

Foto: Milchindustrieverband

Campinas Pläne nach 2015

Molkereikonzern plant ein eigenes Zwei-Preis-System

Der europäische Molkereikonzern Campina mit Hauptsitz in den Niederlanden geht davon aus, dass am 1. April 2015 „die europäische Milchquotenregelung endgültig verschwinden“ wird. Für die Zeit danach gibt es nach Ansicht von Campina-Chef Kees Wantenaar drei Optionen: „Option eins ist, dass die Milcherzeuger von diesem Jahr an so viel Milch liefern, wie sie möchten. Option zwei ist, dass die milchverarbeitende Industrie selber die Lieferung der Milch reguliert. Option drei ist eine Mischung aus beiden Möglichkeiten, beispielsweise in Form eines Zweipreissystems.“ Innerhalb solch eines Systems würden die Genossenschafts-Mitglieder der Campina für eine Menge, die ihrer bisherigen Milchquote entsprechen könnte (sogenannte A-Milch) einen höheren Preis erhalten als für die Menge, die darüber hinaus geliefert wird. Wie hoch der Preisunterschied wäre, darüber sagt Wantenaar nichts, auch nicht darüber, wo denn der „A-Preis“ liegen könnte. Das Ziel scheint klar: Mitglieder und damit Rohstoff an Campina binden.

Für die nächsten Jahre erwartet der Campina-Chef, dass die EU im Zuge des Gesundheits-Check der EU-Agrarreform von 2003, der im Jahr 2008 ansteht,

eine Ausdehnung der EU-Milchquoten „um schätzungsweise zwei Prozent pro Jahr ab 2009“ beschließen wird.

In dem Zeitraum 2009 bis 2015 werde dann deutlich, ob und in welchem Maße Milcherzeuger wachsen wollen. Für seine Molkerei sieht Wantenaar jedenfalls „Platz, eine beschränkte Zunahme an Mitgliedermilch aufzufangen“. Und so würde es Wantenaar begrüßen, wenn die Milchmenge in der EU, oder zumindest im Campina-Gebiet noch steigt. Denn seit Beginn der Milchquotenregelung 1984 habe Europa „auf dem Weltmarkt für Milchprodukte viel Gelände preisgeben müssen“. Durch die erwartete Abschaffung der Milchquote bekomme die europäische Milchindustrie „die Chance, sich ein Stück des verlorenen Marktes zurückzuerobieren“.

Der Campina-Vorsitzende unterstreicht, dass Wachsenden und Nichtwachsenden klar sein müsse, dass, wenn die Milchlieferung bei Campina stark steigt, sich das auf den Milchpreis nachteilig auswirkt: „Wenn wir mehr Milch bekommen, machen wir uns auf die Suche nach neuen Märkten, aber letztendlich werden wir auch mehr Erzeugnisse herstellen, die einen niedrigeren Ertrag haben, wie Milchpulver.“ *uj*

„Milchpreise sofort auf 35 Cent“

Entschließung der BDM-Mitgliederversammlung

Der BDM Bundesverband Deutscher Milchhalter e.V. konzentriert sich weiter darauf, einen Milchpreis zu erreichen, der die Kosten deckt, anstatt die Kosten und damit den Arbeitslohn der Milchbauern und Bäuerinnen an einen zu niedrigen Milchpreis anpassen zu wollen. Hier die Entschließung der Bundesmitgliederversammlung des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter BDM e. V. vom 23.10.2006 im Wortlaut:



„Der Milchmarkt in Deutschland und Europa ist geprägt von derzeit schwacher Milchlieferung und reger Nachfrage in fast allen Produkten des weißen Sortiments. Gleichzeitig schrumpfen die Bestände in öffentlicher und privater Lagerhaltung sowie die Bestände in den Reiflagern auf ein extrem niedriges Niveau. Diese Marktverhältnisse müssten sich positiv auf die Erzeugerpreise auswirken.“

Dass dies derzeit noch nicht in ausreichendem Maße geschieht, ist auf den fehlenden Einfluss der Milcherzeuger auf den Milchpreis zurückzuführen.

Während die Milchindustrie ihre gestiegenen Kosten (Löhne, Energie, Fruchtzubereitungen etc.) selbstverständlich in Form höherer Abgabepreise an den Handel weitergibt, verharren die Milcherzeugerpreise im Jahreschnitt gerade mal auf der Höhe des Vorjahresniveaus. Der BDM verweist darauf, dass das Vorjahresniveau keinesfalls akzeptabel war, da dieses keineswegs vollkostendeckend war und auch die Milcherzeuger von steigenden Kosten im laufenden Jahr betroffen waren.

Aus diesem Grunde müssen angesichts der derzeitigen Marktlage bundesweit die Milcherzeugerpreise sofort im Schnitt auf 35 Cent je Kilo Milch bei 3,7 % Fett und 3,4 % Eiweiß steigen. Ungeachtet der derzeitigen guten Marktlage hält der BDM an seiner Forderung nach einem Systemwechsel, welcher nachhaltig einen Milcherzeugerpreis von mindestens 40 Cent beinhaltet, fest.

Die derzeitige Situation zeigt deutlich, dass nur mit einer konsequenten Interessenvertretung wie dem BDM eine durchgreifende Verbesserung der Situation der Milcherzeuger möglich sein wird.“

Der BDM e. V. im Internet: www.milchviehhalter.de

Quotenausstieg 2009: Menge + 21 %, Einkommen - 9 %

Niederländische Studie vergleicht Ausstieg aus der Quote im Jahr 2009 mit Fortführung bis zum Jahr 2015

Die Niederlande haben zur Vorbereitung der europäischen Diskussion von der Universität Wageningen eine Studie zu den Folgen einer Abschaffung der Milchquote im Jahr 2009 erstellen lassen.

Danach wird in den Niederlanden die erzeugte Milchmenge bis zum Jahr 2015 um 21 Prozent steigen, wenn die Quote im Jahr 2009 tatsächlich angeschafft würde. Mit der Produktionssteigerung würden die Betriebe versuchen, den erwarteten Verfall der Milchzeugerpreise um EU-weit angenommene 9 Prozent durch Wachstum auszugleichen. Das Einkommen in den Niederlanden würde im Durchschnitt aller Betriebsgrößen um 9 Prozent gegenüber einem Vergleichs-Szenario, das auf der vollständigen Umsetzung der Beschlüsse zur EU-Agrarreform von 2003 beruht, sinken. Mögliche WTO-Abschlüsse sind noch nicht einbezogen.

7 bis 8 Prozent (im Schnitt um 8 Prozent) zurück, errechneten die Wissenschaftler.

Je nach Betriebsgröße

Hinter den oben genannten Durchschnittsergebnissen verbergen sich zum Teil große Unterschiede zwischen unterschiedlichen Betriebsgrößen.

In dem Quoten-Ausstiegsszenario würde das Mengenwachstum vor allem von den großen Betrieben (über 650.000kg Milch/Jahr) realisiert – für die Gesamtmenge dieser Betriebe prognostizieren die Wageningen ein Plus von 27 bis 28 Prozent. Unter den „kleinen Betrieben“ (unter 350.000kg Milch/Jahr) könnten die Betriebe „mit geringen Kosten“ ebenfalls zulegen, im Durchschnitt um 8 Prozent. Dagegen würde die Milchmenge der kleinen Betriebe „mit hohen Kosten“ bis 2015 um 13 Prozent sinken.

Bei den Einkommen gehen die Folgen eines Quotenausstiegs 2009 ebenfalls

oder gar Verschiebungen der Milchproduktion zugunsten anderer Länder bleiben ausgeschlossen.

Vor allem der Export von Milchprodukten in nicht OECD-Länder könnte demnach zu höheren internationalen Preisen führen.

Rahmenbedingungen

Für die Preisentwicklungen bis 2012 sind neben der weltweiten Wirtschaftsentwicklung weitere Rahmenbedingungen entscheidend. Es ist davon auszugehen, dass die WTO-Verhandlungen dazu führen werden, dass die bisher von der EU gewährten Exporterstattungen komplett wegfallen. In diesem Fall zeigen die Annahmen selbst bei einem gegenüber heute gestiegenen Weltmarktpreis eine deutliche Differenz zum EU-Milchpreis.

Die Preise für Milchprodukte innerhalb der EU, so die Prognose, liegen dabei mit einer Ausnahme immer deutlich über dem Weltmarktpreis. In einzelnen Fällen, z. B. bei Butter um 35 Prozent Selbst bei den positiven Annahmen der FAPRI, die von deutlich höheren Weltmarktpreisen ausgehen als die OECD, wird allein bei Magermilchpulver der EU-Preis unter dem Weltmarktpreis liegen.

Die Zahlen zeigen deutlich, dass obwohl von einer verstärkten Nachfrage auf dem Weltmarkt ausgegan-

gen wird, sich dies nicht zugunsten eines für die europäischen Milchbauern akzeptablen Preis ausdrückt. Die Wissenschaftler aus Holland ordnen dem internationalen Markt jedoch in jedem Fall eine untergeordnete Rolle zu. Nur 10 Prozent der Produktion seien für den

außereuropäischen Markt bestimmt. In der Hauptsache würden Milchprodukte lokal und EU-intern konsumiert.

Zölle weg, Milch rein

Neben einem Wegfall der Exportsubventionen steht innerhalb der WTO-Verhandlungen eine Absenkung der Einfuhrzölle an. Demnach ist für alle vier Produktgruppen (Mager-, Vollmilchpulver, Butter und Käse) annähernd eine Halbierung der Zölle geplant. Nach den Prognosen der OECD wird der Weltmarktpreis für Butter und Käse so gering sein, dass die Europäische Union trotz der gekürzten, aber noch bestehenden Einfuhrzölle einen interessanten Markt bietet. Die Wageningen gehen dennoch davon aus, dass die Abschaffung der Exportsubventionen und die Absenkung der Zölle die Milchzeugerpreise in der EU nur um 5 Prozent gegenüber der EU-Agrarreform von 2003 absenkt.

Fazit

Politisch erscheint ein Ausstieg aus der Milchquote vor dem Jahr 2015 kaum realistisch. Dafür gibt es in der EU keine Mehrheit. Die Regierung in Den Haag macht mit ihrer Studie aber deutlich, wohin sie will: Spätestens 2015 soll ihrer Meinung die Quote fallen, denn Holland erwartet sich davon wachsende Marktanteile auch innerhalb der EU, wenn in anderen EU-Ländern die Milchherzeugung in Folge weiter fallender Milchpreise sinkt.

Auffällig an der Studie ist aber, dass sie den Effekt des Instruments Quote auf den Milchpreis als größer ansieht als den Effekt eines WTO-Abschlusses. Demnach würde die Quote auch nach einem WTO-Abschluss Wirkung zeigen, und zwar eine positive. *mnluj*

Folgen eines Quoten-Ausstiegs auf Milchmenge und Erzeugerpreis in den Niederlanden (Angaben für das Jahr 2015)

Betriebs-Kategorie	Vergleichs-Szenario	WTO-Szenario			
		Quoten bis 2015		Quoten-Ausstieg 2009	
		Menge	Preis	Menge	Preis
	1.000 t	Veränderung in Prozent			
groß, mit geringen Kosten	4.983	0	-7	28	-8
groß, mit hohen Kosten	3.421	0	-8	27	-5
klein, mit geringen Kosten	1.751	0	-8	8	-10
klein, mit hohen Kosten	869	0	-8	-13	-28
Insgesamt	11.024	0	-8	21	-9

Quelle: LEI, Uni Wageningen 2006

In das Szenario zum Quotenausstieg sind dagegen schon die angenommenen Folgen eines WTO-Abschlusses entsprechend des EU-Vorschlags vom Oktober 2005 eingerechnet, d. h. Abschaffung der Exportsubventionen bis 2013 und Absenkung des Außenschutzes in Form von Zöllen.

Quotenfortführung unter WTO

Um diesen „WTO-Effekt“ vom Effekt eines Quotenausstiegs im Jahr 2009 trennen zu können, haben die Wageningen auch ein drittes Szenario durchgerechnet, das von einem WTO-Abschluss entsprechend EU-Vorschlag ausgeht, aber die Fortführung der Quotenregelung (bis 2015) vorsieht.

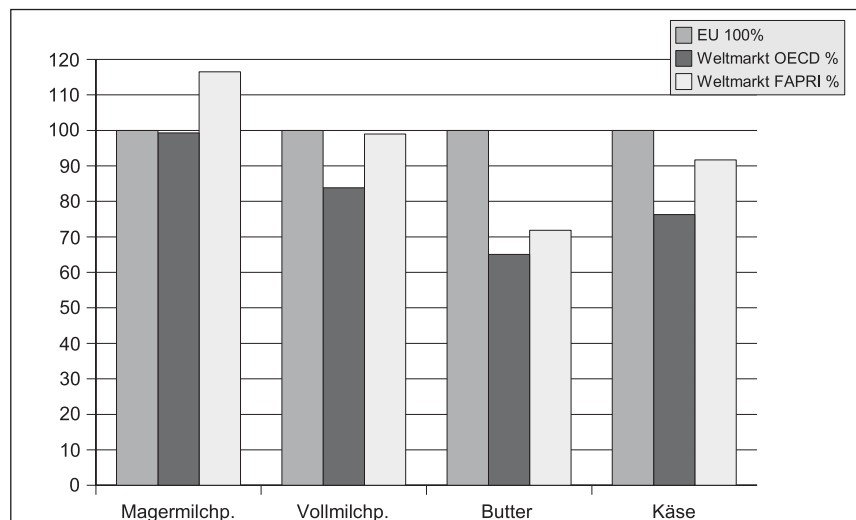
Nach diesem Szenario verändert sich die Produktionsmenge in den Niederlanden nicht, d. h. die Wageningen gehen davon aus, dass die Quote auch weiterhin normalerweise ausgemolken wird. Für den Milchzeugerpreis wird EU-weit ein Rückgang um 5 Prozent (statt 15 Prozent) erwartet. Das Einkommen der niederländischen Betriebe geht jedoch um

auseinander. Bei den „kleinen Betrieben“ kommt die Studie zu massiven Einkommensrückgängen um bis zu 20 Prozent. Aber auch große Betriebe müssten mit Einkommenseinbußen von 5 bis 8 Prozent klar kommen.

Bei Fortführung der Quote dagegen läge der Einkommensverlust im Jahr 2015 unabhängig von der Betriebsgröße mit 7-8 Prozent immer nahe am Durchschnitt von 8 Prozent. Allerdings ist der Strukturwandel hin zu den Großen in der Zwischenzeit auch weiter fortgeschritten und die Zahl der kleinen Betriebe hätte sich mehr als halbiert.

Annahmen der Studie

Die Wissenschaftler aus Wageningen stützen sich bei ihren Annahmen auf Prognosen der OECD/FAO (2005), der FAPRI (2006) und der EC (2005). Allen diesen Studien gemeinsam ist, dass sie eine Zunahme der Nachfrage und des Handels mit Milchprodukten prognostizieren. Vorausgesetzt, die wirtschaftliche Entwicklung ist positiv und folgt einem linearen Aufwärtstrend. Störungen



Preis-Vergleich von Milchprodukten EU und Weltmarkt im Jahr 2012
EU-Preise von den Interventionspreisen abgeleitet

Gentechnikgesetz

Ministerium will Eckpunkte für neues Gesetz vorlegen

Wenn man seinen Ankündigungen glauben darf, dann legt das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in diesen Tagen die Eckpunkte für die Änderungen des Gentechnikgesetzes und die gute fachliche Praxis vor. Und obwohl das Ministerium schon seit annähernd einem Jahr an der Vorlage arbeitet, sind offizielle Statements zum Stand und Inhalt der Gesetzesänderung Mangelware. Verschiedene Treffen mit Vertretern der Lebensmittelindustrie, der Forschung, den Umwelt- sowie den Bauernorganisationen haben stattgefunden. In den Gesprächen sahen sich die Vertreter von Verbänden und Industrie oftmals einem Minister gegenüber, für den das Thema Gentechnik und insbesondere Fragen zur Koexistenz absolutes Neuland schienen. So zeigte sich Seehofer immer wieder überrascht, wenn ihm die Auswirkungen des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen aufgezeigt wurden. Wer zahlt für den Nachweis der Gentechnikfreiheit? Wer trägt die Kosten für die Einführung einer neuen Risikotechnologie? Wer zahlt im Schadensfall? Welche Abstände sind nötig um Auskreuzung zu verhindern? Zumindest beim Thema Raps hat der Minister Position bezogen. Die Gefahr der Auskreuzung und der lange Verbleib der Samen im Boden (bis zu 15 Jahren) veranlassten ihn zu der Aussage, der Anbau gentechnisch veränderten Raps müsse unterbleiben. Der Genehmigung eines Freisetzungsvorversuchs der Uni Rostock mit gv-Raps durch das Ministerium stand dies jedoch nicht entgegen. Ebenso wenig der Zustimmung im Europäischen Agrarministerrat zur Einführung von gv-Raps zur Öl- und Futterproduktion. Diese sind zwar „nur“ zur Verarbeitung bestimmt, aber wenn man sich Bahndämme und Straßenränder genauer ansieht, bemerkt man, wie schnell und großflächig sich zufällig verlorene Rapsamen ausbreiten können. Ob hinter dieser Taktik nur politische Spielchen stecken oder ob die Ministerialbeamten gerne auch mal am Ministerwillen vorbei entscheiden, bleibt offen. Auch darf nicht unbeachtet bleiben, dass sowohl das Wirtschaftsministerium und ganz besonders das Forschungministerium Beschränkungen für die Agrotechnik abbauen wollen. Umso schwieriger ist es zu erahnen, welche Änderungen in dem neuen Entwurf Niederschlag gefunden haben. Es ist davon auszugehen, dass die Gentechniklobby weder Mittel noch Aufwand gescheut hat, ihre Vorstellungen für das zukünftige Gesetz darzulegen.

Haftungsfrage

Ein zentraler Kritikpunkt der Gentechnikbefürworter ist die verschuldensunabhängige Haftung. Nachdem die Versicherungswirtschaft eine Versicherungslösung aufgrund der unabsehbaren Folgeschäden definitiv abgelehnt hat, kam der Bauernverband ins Gespräch. Seehofer sprach von einer Verbändevereinbarung. Stellvertretend für seine Mitglieder will die Spitze des Bauernverbandes eine derartige Vereinbarung zusammen mit dem Verband deutscher Pflanzenzüchter und dem Bund aushandeln. In Holland war einderartiges Modell umgesetzt worden. Inzwischen hört man allerdings von vielen Problemen im Nachbarland. Ein derartiges Vorgehen setzt eine Legitimierung des Bauernverbandes als Verhandlungspartner durch seine Mitglieder voraus. Gerade beim Thema Gentechnik sind die Bauern aber alles andere als einer Meinung. Die Haftung ist eine harte Nuss. In der Hoffnung, die Unternehmen seien von ihrem Produkt überzeugt, schlug Seehofer einen Haftungsfonds vor, der aus Geldern der Gentechnikunternehmen finanziert werden sollte. Doch die Unternehmen lehnten ab. Warum? Ist ihnen das Risiko ihrer eigenen Produkte zu groß? Nicht gerade ein vertrauensweckender Zug der Industrie ... Am Ende wird wohl versucht werden, eine privatrechtliche Form zu finden, um Schadensfälle aufzufangen. Ähnlich dem Märka-Modell, in dem sich ein Unternehmen (Märka) verpflichtet, die kontaminierte Ernte zum Marktpreis aufzukaufen. Sowohl für ökologisch als auch konventionell wirtschaftende Bauern und Direktvermarkter bleibt das Problem, dass durch die Kontamination, den Imageschaden für die Branche außer acht gelassen, die Existenzgrundlage des Betriebs zerstört wird.

Wann entsteht ein Schaden?

Um Haftungsfragen klären zu können, muss eindeutig definiert sein, wann ein Schaden entstanden ist. In der öffentlichen Diskussion wurde in den letzten Monaten immer wieder versucht, erst eine Verunreinigung von über 0,9 % als Schwellenwert zu manifestieren. Dabei ist dies allein der Wert, ab dem die Endprodukte gekennzeichnet werden müssen. Und er gilt auch nur, wenn die gentechnische Verschmutzung unabsichtlich erfolgte oder technisch unvermeidbar gewesen wäre. Ganz unberücksichtigt bleibt in dieser Debatte, dass viele Abnehmer längst die Einhaltung deutlich strengerer Grenzwerte fordern. Viele Abnehmer lehnen Ware, die über 0,1 % Verunreinigungen aufweist ab, da sie innerhalb der weiteren Verarbei-

tungskette einen Puffer benötigen, damit das Endprodukt den Kennzeichnungsschwellenwert von 0,9 % nicht überschreitet. Auch diese Schäden müssen in einer Haftungsregelung Niederschlag finden, wenn diese nicht nur eine Alibifunktion haben sollen.

Gute fachliche Praxis

Bis heute fehlen Regeln für eine gute fachliche Praxis. Der rot-grüne Gesetzentwurf hatte diese 2004 bewusst ausgespart, um nicht das Gesetz als ganzes in seiner Umsetzung zu gefährden. In den letzten beiden Jahren wurde in verschiedenen Forschungsvorhaben immer wieder gezeigt, dass die ursprünglich von der Industrie als sicher angegebenen 20 m Abstand bei Mais lange nicht ausreichen. In der bei der Nutzung von Monsanto-Saatgut zu unterschreibenden Vereinbarung empfiehlt das Unternehmen zwar weiterhin Abstände von 20 m zum nächsten Maisacker einzuhalten.

Monsanto: 300 Meter Abstand

Monsanto geht allerdings nicht davon aus, dass bei 20 Metern keine Auskreuzung mehr stattfindet, denn zu ökologisch bewirtschafteten Flächen seien 300 Meter Abstand einzuhalten. Nach dem Motto, konventionelle Ernten dürfen ruhig schleichend verunreinigt werden, bei Öko müssen wir aber (noch) ein bisschen vorsichtiger sein. Den zukünftig im Gesetz festgeschriebenen Mindestabständen kommt damit eine zentrale Rolle bei der Einführung der Gentechnik zu. In

vielen Regionen Deutschlands wird es auch wegen des zunehmenden Maisanbaus nicht möglich sein, Abstände von 300 Metern zum nächsten Schlag einzuhalten. Seehofer selbst hatte einen Abstand von 150 Metern ins Gespräch gebracht. Neben den Abstandregelungen auf dem Acker muss in der guten fachlichen Praxis vor allem die Verschleppung durch Maschinen bei Aussaat und Ernte sowie während des Transportes und der Verarbeitung geregelt werden.

Kein Freibrief für Forschung

Lange Zeit war eine neue Regelung zur Freisetzung im Rahmen der Forschungstätigkeit im Gespräch. Vor allem das Forschungsministerium war an einer Regelung interessiert wonach die Verunreinigung durch Auskreuzung nicht zugelassener Sorten zugelassen werden sollte. Dieser Punkt ist offenbar vom Tisch, da aus Brüssel das Signal kam, dass eine derartige Regelung nicht mit der EU-Gesetzgebung konform sei. Demnach gilt auch in Zukunft für die Kontamination mit einer nicht zugelassenen Sorte der Grenzwert Null. Wie auch immer das Eckpunktepapier schlussendlich aussieht, entstanden ist es in einem Spannungsfeld unterschiedlichster wirtschaftlicher, ökologischer und politischer Interessen. Das BMELV und mit ihm Horst Seehofer sind Anlaufpunkt für die Vertreter der unterschiedlichen Interessen. Und auch die Abhängigkeit von einer die Gentechnik befürwortenden Kanzlerin Angela Merkel können nicht außer Acht bleiben. *mm*

Großdemo gegen Gentechnik in Nürnberg

Am Samstag, den 30.09.06 demonstrierten in Nürnberg rund 3.000 Menschen für ein gentechnikfreies Bayern. „Wir wollen keine Gentechnik in unserem Essen und auf unseren Äckern!“ lautete die klare Botschaft.

Auferufen hatte das Bündnis Bayern für gentechnikfreie Natur und Landwirtschaft, ein Zusammenschluss von 30 Naturschutzverbänden, Imkern, Kirchengruppen, Verbraucher/-innen und der AbL-Bayern. Der Bauernverband konnte



sich bisher nicht dazu durchringen, sich dem Bündnis anzuschließen. Mit Trillerpfeifen, Sirenengeheul und Traktorenhupen zog die Demonstration bei strahlendem Sonnenschein durch die Nürnberger Altstadt. Auch gut zwei Dutzend Landwirte reihten sich mit ihren Traktoren in den Protestzug ein.

Deutlich formulierte Edith Lirsch als Vorsitzende der AbL-Bayern die Gründe für das kategorische Nein zur Gentechnik: „Sie bringt keine besseren Preise, keine besseren Lebensmittel, keine Verringerung beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und keine bessere Zusammenarbeit auf den Dörfern“, rief sie den Teilnehmern am Jakobsplatz zu. Kurzum: „Sie bringt uns alle in Teufels Küche!“ ... „Wir haben viel zu verlieren, darum setzen wir uns gemeinsam – konventionell und biologisch wirtschaftende Betriebe – für eine gentechnikfreie Landwirtschaft ein: Wir lassen uns nicht auseinander dividieren!!!“

Vom Gerichtssaal ins Hinterzimmer

Pflanzenzüchter wollen die Nachbaugebühren-Gesetzgebung zu ihrem Vorteil ändern

Der Herbst ist heiß in Sachen Nachbau-auseinandersetzung. Und zwar nicht auf der offenen juristischen Bühne, die bisher Austragungsort war, sondern vielmehr hinter den politischen Kulissen. Die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) als Vertreterin der Pflanzenzüchter hat derzeit laufende höchstgerichtliche Verfahren gestoppt (siehe Meldung). Dahinter steht vermutlich weniger die schlichte Einsicht, tatsächlich Fehler bei der Erhebung der Nachbaugebühren begangen zu haben, als vielmehr das Kalkül, dass sich neuerliche Negativ-Meldungen nachteilig beim politischen Strippenziehen um eine generelle Neuregelung des Themas auswirken könnten. Der Standpunkt der Pflanzenzüchter ist derzeit verkürzt und zusammengefasst folgender: „Durch die Gerichtsurteile, maßgeblich der Entscheid des EuGH (Europ. Gerichtshof) zur Auskunftspflicht, sind uns dermaßen die Hände gebunden, dass eine

Durchsetzung unserer Interessen, sprich das Eintreiben der Nachbaugebühren nicht mehr möglich ist. Gesetzgeber, der Du uns aber genau dies Recht zugestanden hast, musst nun was tun – das Gesetz ändern, verschärfen, damit wir wieder zu unserem Recht kommen ...“

Dass mehrmals Richter des EuGH wie auch des BGH (Bundesgerichtshof) die Pflanzenzüchter dazu aufforderten, innerhalb des bestehenden Rechtsrahmens andere Möglichkeiten zu suchen, wie man die Angelegenheit im Einvernehmen aller regeln kann, ignorieren diese geflissentlich. Aber an einvernehmlichen Regelungen – mit den Bäuerinnen und Bauern und nicht gegen sie – war das Interesse noch nie groß, schließlich setzten STV und Pflanzenzüchter doch zunächst auf die gerichtlichen Auseinandersetzungen, die – wir erinnern uns – ja sie anzettelten. Nun, da dieses Vorgehen ziemlich gescheitert ist, will man einfach das

Gesetz zum Nachteil der Bäuerinnen und Bauern verändern.

Dabei bieten sich für alle Beteiligten auch innerhalb des Rechtsrahmens Möglichkeiten, die zumindest erst einmal diskutiert werden sollten. Bäuerinnen und Bauern – und nicht Bauernverbandsfunktionäre – müssen darüber mitreden, wie ein finanzieller Ausgleich für die Züchter aussehen kann, wie er erhoben wird und auch darüber, was mit dem Geld passiert, sonst gibt es sicherlich keine Ruhe.

Die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze, die seit Jahren die Lösung der Angelegenheit auf politischer Ebene gefordert hat, ist bereit zur Mitarbeit – aber auch zum Widerstand, wenn die Pflanzenzüchter erneut nur versuchen, ihre Interessen mit allen Mitteln durchzusetzen.

Claudia Schievelbein

EU-Netzwerk, die zweite

Saatgutvielfalt und Bauernrechte. Positiv-Beispiel Schweiz

Saatgutinitiativen aus neun Ländern trafen sich vom 12. bis 14. Oktober zum zweiten Europäischen Saatgutseminar in Bullas, Spanien. Damit wurde fortgesetzt, was im November 2005 in Poitiers begann: die Vernetzung von Bauern, Bäuerinnen, Saatguterzeuger/-innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für die Rechte auf eigenes Saatgut und auf den Erhalt und die Entwicklung vielfältiger Acker- und Gemüsekulturen einsetzen.

„Wir brauchen Freiräume, um eine lebendige Vielfalt auf unseren Feldern zu erhalten. Wir wünschen eine Regelung, die den freien Tausch begrenzter Mengen von nicht eingetragenen Sorten ermöglicht – wie es in der Schweiz praktiziert wird.“ Das fordert Nicolas Supiot vom französischen Saatgutnetzwerk „Réseau de Semences Paysannes“. Er ist Bäcker und sein Brot enthält über hundert alte Hofsorten, die er gesammelt hat und mit anderen weiterentwickelt.

Dieser Forderung stehen aktuelle Vorschläge zur EU-Richtlinie 98/95/EG entgegen. Statt den Handel mit lokalen und traditionellen Sorten zu ermöglichen, sind sie extrem restriktiv, wie aus der Handschrift der Saatgutindustrie: Die Definition von Erhaltungssorten bleibt extrem eingengt, das In-Verkehr-Bringen wird bei Gemüsesorten auf Amateur-Gärtner/-innen beschränkt, und es wird allgemein auf „Ursprungs- und Anwendungsgebiete“ und auf eine Menge von maximal 0,1 Prozent des von der Art pro Jahr genutzten Saatgutes begrenzt.

Dass es auch anders gehen kann, zeigt ein Beispiel aus der Schweiz. Dort arbeiten die Erhaltungsorganisation Pro Specie Rara und die Handelsgruppe COOP zusammen. Unter dem Motto „Alte Sorten neu entdeckt“ werden in COOP-Filialen blaue Kartoffeln und verschiedene Gemüsesorten saisonal angeboten. Die Verträge zum Anbau werden direkt von den Betrieben, die die Erhaltungssorten anbauen, und COOP abgeschlossen. Das Schweizer Saatgutgesetz wird so ausgelegt, dass Erhaltungssorten in gewissen Mengen in Verkehr gebracht werden dürfen.

In diesem Sinne fühlen sich die Saatgutnetzwerke bestärkt, möglichst viele Tatsachen zu schaffen: Wo Menschen Weizenbrot aus Hofsorten, Polenta aus lokalen Maissorten und Linsengerichte aus traditionellen Linsensorten weiter nachfragen oder wieder entdecken, lässt sich die Biodiversität so schnell nicht wieder durch enge gesetzliche Zwänge nehmen. Sie müssen fortfahren, sich für die Erhaltung und Nutzung eigene Regeln zu schaffen, die sich aus der Praxis ableiten und auf nationale oder regionale Regelungen aufbauen. Sie sind sich einig, dass sie dafür die Abstimmung untereinander brauchen und die europäischen Strukturen dafür stärken müssen. Dafür war das Seminar ein wichtiger Meilenstein.

Siegrid Herbst, Interessengemeinschaft für gentechnikfreie Saatgutarbeit

Linda für Linda

Bio-Bauer Arnold Kröger konnte tatsächlich einer echten Linda einen Beutel Solidaritätskartoffeln schenken. Der Bauer vom Linda-Freundeskreis hatte seinen LKW voll gepackt mit der „Königin der Knollen“ und am 7. Oktober drei Bioläden in Berlin angesteuert. Von jedem der dort verkauften Beutel Linda fließen 10 Cent auf das Konto des Freundeskreises zum Erhalt der Sorte. Mitorganisator Wilfried Stegmann vom Ökoring Niedersachsen zog eine positive Bilanz nach der Aktion. Die Linda-Thematik sei auch beim Handel angekommen. Die Verbraucher hingegen sind zum Teil schon echte Spezialisten, gut informiert und sehr interessiert an ihrer Favoriten-Kartoffel. *cs*



Auch sie ist nun eine Berliner: „Linda“ aus dem Wendland.

Foto: Stegmann

Gegen
Nachbau-Gebühren

■ Pflanzen-Rückzieher

Wird die Saatgut Treuhandverwaltungs GmbH (STV) prozessmüde? Jedenfalls hat sie gerade ein Auskunftsverfahren gegen einen Landwirt wie auch eins gegen einen Aufbereiter beim Bundesgerichtshof (BGH) zurückgezogen. In beiden Fällen fürchtete die STV offenbar neuerliche Niederlagen, da die Sachverhalte ähnlich gelagert sind wie in früheren Verfahren, die der BGH zugunsten der Bauern bzw. der Aufbereiter entschieden hatte.

cs

■ Linda im TV

Die Königin der Knollen kommt wieder ins Fernsehen, sehr ausführlich: Am 13.11. um 22.30 Uhr sendet der WDR einen längeren, umfangreich recherchierten Beitrag zum Thema.

Lebensmittel statt grüner Sprit

Nachhaltige Landwirtschaft kann die Welt ernähren, aber nicht unsere Autos betanken.

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf und Hannes Lorenzen warnen vor einer Biosprit-Euphorie

Ernährungssicherheit bedroht

Der starke Anstieg der Rohölpreise hat die Suche nach alternativen Energiequellen forciert. Den Bauern wird von der Treibstoffindustrie eingeredet, ihre Zukunft läge vor allem im Anbau von Energiepflanzen für Ethanol und Biodiesel. Lebensmittel dagegen sind am Markt immer weniger wert, weil die international aufgestellte Lebensmittelindustrie die Preise nach unten drücken kann und am meisten von staatlichen Subventionen profitiert. Pflanzenöle sind im Supermarkt oft billiger als der Sprit an der Tankstelle. Es ist vielfach rentabler, Getreide zu verbrennen als damit Brot zu backen oder Nutztiere zu füttern. Die Euphorie um pflanzliche Treibstoffe könnte aber schon bald die Ernährungssicherheit gefährden.

Kein Patentrezept fürs Klima

Die Herstellung von pflanzlichen Treibstoffen ist kein Patentrezept gegen den Klimawandel. Alle grünen Pflanzen vermindern CO₂, indem sie es in Zucker und Sauerstoff umwandeln. Aber die gegenwärtigen land-

wirtschaftlichen Praktiken beim Anbau von Mais, Getreide, Zuckerrohr, Palmöl und Soja für die Herstellung von Treibstoffen basieren vollständig auf Mineralöl. Mathematische Modelle und Studien, die dem Anbau von pflanzlichen Treibstoffen positive Energiebilanzen bescheinigen, haben in der Regel weder den Transport der Energieträger noch Belastungen der Umwelt, der öffentlichen Gesundheit oder die Risiken für die Ernährungssicherung einkalkuliert. Auch die durch den Klimawandel zunehmenden Ernteverluste wurden bisher weitgehend ignoriert.

Soziales und ökologisches Dumping

Der Boom bei pflanzlichen Treibstoffen spiegelt eine Lebensmittelerzeugung wider, die nicht nachhaltig ist. Niedrigpreise für Le-

bensmittel provozieren regelmäßig Lebensmittelskandale und nehmen Umwelt- und Gesundheitsschäden, vor allem in Entwicklungsländern, in Kauf. Der gegenwärtige Preisdruck auf Lebensmittel erzeugt bei Bauern und Verbrauchern ein falsches Bild vom Wert der Lebensmittel. Biologische Lebensmittel beispielsweise sind heute teurer als Lebensmittel aus der intensiven industriellen Produktion, obwohl die biologische Landwirtschaft 30-50 Prozent weniger Rohöl verbraucht. In der biologischen Landwirtschaft ist Schutz der biologischen Vielfalt, der Böden und der Wasserressourcen inbegriffen.

Abholzung der Regenwälder

Der Boom bei pflanzlichen Treibstoffen führt zu einer gefährlichen Konkurrenz zwischen den 800 Millionen Autobesitzern und den 2 Milliarden Menschen, die unter der Armutsgrenze leben. Weltweit werden Autobesitzer auch in Zukunft in der Lage sein, Lebensmittel und Sprit zu kaufen, während die Mehrheit der Armen nichts zu essen hat. In den USA werden jetzt Milliarden von Dollar in die neuen Ethanol- und Sojadiesel-Raffinerien investiert. Ein Sechstel der gesamten Maiseernte des Landes geht schon heute in die Treibstoffproduktion, in einigen Staaten des mittleren Westens wie Iowa wird die gesamte Maiseernte in Ethanol verwandelt. Wenn die USA ihre gesamte Getreideernte für Ethanol nutzen würde, wären damit nur 16 Prozent ihres Spritbedarfs für Fahrzeuge gedeckt. Weltweit warnen schon heute Tierzüchter und Lebensmittelprodu-

Menschen ernähren oder Autos voll tanken

Der gegenwärtige Boom beim weltweiten Anbau von Plantagen für pflanzliche Treibstoffe führt zu einer gefährlichen Konkurrenz zwischen den 800 Millionen Autobesitzern und den 2 Milliarden Menschen, die unter der Armutsgrenze leben. Weltweit werden Autobesitzer auch in Zukunft in der Lage sein, Lebensmittel und Sprit zu kaufen, während die Mehrheit der Armen nichts zu essen hat. In den USA werden jetzt Milliarden von Dollar in die neuen Ethanol- und Sojadiesel-Raffinerien investiert. Ein Sechstel der gesamten Maiseernte des Landes geht schon heute in die Treibstoffproduktion, in einigen Staaten des mittleren Westens wie Iowa wird die gesamte Maiseernte in Ethanol verwandelt. Wenn die USA ihre gesamte Getreideernte für Ethanol nutzen würde, wären damit nur 16 Prozent ihres Spritbedarfs für Fahrzeuge gedeckt. Weltweit warnen schon heute Tierzüchter und Lebensmittelprodu-

Milch in Russland

Die russische Milchproduktion ist in den vergangenen neun Monaten erstmals seit Jahren nicht mehr zurück gegangen. Der Landwirtschaftsminister Alexej Gordejew sieht dies als großen Erfolg für das Projekt „Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft“. Der Umbruch im Milchsektor ist nach statistischen Angaben der gestiegenen Milchleistung der Kühe zu verdanken. In den kommenden zwei Jahren soll die Milchproduktion um 4,5 Prozent gesteigert werden.



Wenn alle genügend zu essen haben, ...

Foto: painsuisse

wirtschaftlichen Praktiken beim Anbau von Mais, Getreide, Zuckerrohr, Palmöl und Soja für die Herstellung von Treibstoffen basieren vollständig auf Mineralöl. Mathematische Modelle und Studien, die dem Anbau von pflanzlichen Treibstoffen positive Energiebilanzen bescheinigen, haben in der Regel weder den Transport der Energieträger noch Belastungen der Umwelt, der öffentlichen Gesundheit oder die Risiken für die Ernährungssicherung einkalkuliert. Auch die durch den Klimawandel zunehmenden Ernteverluste wurden bisher weitgehend ignoriert.

Weite Transporte – wackelige Versorgung

Die industrialisierte Landwirtschaft und die internationale Lebensmittelindustrie ge-

hen zu den weltweit größten Energieverbrauchern. Dünger und andere chemische Zusätze, Maschinenanlagen, Bewässerung, Trocknung, Verarbeitung und Einfrieren verbrauchen große Mengen Mineralöl. Der Lebensmitteltransport ist in der EU aufgrund der enormen Futtermittelimporte, der Spezialisierung der Agrarbetriebe und der zunehmenden Konzentration der Verarbeitung und des Handels stark angestiegen. Da die Futtermittel- und Lebensmittelbranche Lagervorräte vermeidet und just-in-time liefern will, ist das Risiko regionaler und lokaler Versorgungslücken hoch. Die Weltgetreidevorräte waren in den letzten vier Jahrzehnten noch nie so knapp. Eine verstärkt lokal und regional abgesicherte Nahrungsmittelversorgung kann den Rohölverbrauch und das Versorgungsrisiko spürbar verringern.

Landnahme in Entwicklungsländern

Die EU ist weltweit der größte Netto-Importeur von Lebens- und Futtermitteln. Viele Millionen Hektar Ackerland außer-

zenten davor, dass Knappheit bei Futtermitteln, Öl, Milch, Eiern und Fleisch zu erwarten sei.

Erneuerbare Energien und besseres Abfallmanagement

Bevor die Landwirtschaft Mineralöl in Essen verwandelte, wurde ein Teil des Landes zur Fütterung der Pferde gebraucht, die den Pflug zogen. Seitdem hat sich die Weltbevölkerung vervierfacht und ein Großteil der besten Agrarflächen musste der Urbanisierung weichen oder aufgrund der Grundwasserabsenkung und der Bodenerschöpfung aufgegeben werden.

Die derzeitigen Methoden der pflanzlichen Treibstoff-Produktion basieren auf Monokulturen, sie erfordern eine große Menge Pestizide, Düngemittel, Wasser und Diesel und sie setzen in der Regel gentechnisch veränderte Organismen (GVO) ein. Die Raffinerien sind zentralisiert und machen lange Transportwege erforderlich.

Erneuerbare Energien können aus der Landwirtschaft kommen, wenn sie Teil einer energiesparenden und Effizienz steigernden Strategie sind. Die Landwirtschaft kann ihre Energie-Effizienz wesentlich verbessern, wenn sie sich von einem importabhängigen System zu einem System der lokalen Mehrfachnutzung von Energie entwickelt. Alles organische Abfallmaterial muss optimal verwertet, Ackerbau und Viehzucht wieder integriert und moderne erneuerbare Energiesysteme (Solarenergie, Geothermie, Biogas, Wind) auf lokaler Ebene kombiniert eingesetzt werden. Das ist im derzeit in der EU verfolgten Energiekonzept nicht der Fall.

Hunger nach Energie gegen das Recht auf Nahrung

Die Weltmeister des Wirtschaftswachstums – zu denen jetzt China, Brasilien und Indien gehören – greifen nach immer mehr Energie, was bald dazu führen könnte, dass der Hunger sich weltweit ausbreitet. Die rapide steigende Nachfrage nach nicht erneuerbarer Energie untergräbt das Recht der Menschen auf Nahrung. Nordamerika und Europa verbrauchen 63 Prozent des weltweiten Mineralöls und 40 Prozent der verfügbaren Kalorien – mit nur 16 Prozent der Weltbevölkerung. Der zunehmende Fleischkonsum – für die Produktion von 1 Kalorie Fleisch sind 10 Kalorien erforderlich – und die zunehmende Verschwendung von Lebensmitteln in der Nahrungsmittelkette (heutzutage landen ca. 35 Prozent der Nahrungsmittel der Industriestaaten im Abfall) müssen erste Angriffspunkte für eine Strategie zur Verbesserung der weltweiten Ernährungssicherung werden. Nur durch eine drastische Reduzierung des Energiekonsums und der Lebensmittelverschwendung der Industrieländer und vorrangige Investitionen in nachhaltige Lebensmittelversorgung in den Entwicklungsländern kann Konflikten und Kriegen um Nahrung und Energie vorgebeugt werden.

In Niedrig-Energie-Landwirtschaft investieren

Die EU muss der Euphorie in der Pflanzentreibstoffherzeugung entgegenwirken. Sie sollte sich auf Fördermaßnahmen konzentrieren, die den Mineralölverbrauch drastisch senken und die Energieeffizienz in der Landwirt-



... kann man auf dem Acker auch Sprit anbauen

Foto: obs/Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e. V. (FNR)

schaft durch nachhaltige Erzeugungsmethoden und kurze Transportwege steigern. Eine Verbesserung der Verwertung organischer Abfälle für die Erzeugung von Strom, Wärme, Kälte und die Herstellung von pflanzlichem Treibstoff für eine dezentralisierte Nutzung sollten an erster Stelle stehen bei der Strategie für eine moderne, wenig Energie verbrauchende Landwirtschaft.

Prüfung der Ernährungssicherheit

Die Europäische Kommission sollte eine genaue Prüfung der Auswirkungen auf Ernährungssicherheit durchführen, bevor die vorgeschlagene Richtlinie zu pflanzlichen Treibstoffen umgesetzt wird. Diese Beurteilung sollte die Handelspartner der EU, insbesondere Entwicklungsländer, einbeziehen und die weltweiten Auswirkungen der Herstellung von pflanzlichen Treibstoffen auf die Ernährungsgrundlagen prüfen. Die EU sollte keine verpflichtenden Prozentzahlen zur Ersetzung von Erdöl durch pflanzliche Treibstoffe vorschreiben, da dies keine Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs insgesamt bedeuten würde.

Zertifizierung von Treibstoffen

Die EU sollte eine verbindliche Zertifizierung für europäische und importierte pflanzliche Treibstoffe einführen, die auf den geltenden Umwelt-, Gesundheits- und Lebensmittelstandards basiert. Sie muss durch die Gleichstellung der Anbauvorschriften sicherstellen, dass ein sofortiger Wechsel von der Energiepflanzenproduktion zur Lebensmittelerzeugung erfolgen kann.

Bei heimischer und importierter Erzeugung müssen darüber hinaus negative Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, den Wasserhaushalt und die Bodenfruchtbarkeit ausgeschlossen werden.

Steuervergünstigungen, Direktzahlungen und multilaterale Finanzierung müssen – wie im

Double-stack-Saatgut von Syngenta

Syngenta hat in den USA die Zulassung für eine genetisch veränderte Maissorte erhalten. Der Mais verfügt neben einer Herbizidresistenz (Glyphosphat) auch über eine Insektenresistenz gegen den Maiswurzelbohrer. Das Vorliegen zweier gentechnischer Veränderungen in einer Pflanze wird als „double stack“ bezeichnet. Syngenta tritt mit diesem Angebot in ein bisher vorrangig von Monsanto besetztes Geschäftsfeld ein. Mit dem neuen Angebot möchte Syngenta vor allem an dem Boom nachwachsender Rohstoffe teilhaben. Vor allem in der Bioethanolproduktion wird eine wachsende Nachfrage erwartet. Bisher muss bei der Vergärung von Mais allerdings immer noch ein Enzym (Amylase) hinzugegeben werden, welches die Umwandlung von Stärke in Zucker begünstigt. Für 2008 plant Syngenta die Einführung einer Maissorte, die das Enzym selbst bilden kann. pm

Protokoll von Kyoto festgehalten – an Kriterien der Nachhaltigkeit geknüpft werden. Bei Importen von Pflanzentreibstoffen aus Entwicklungsländern muss sichergestellt werden, dass der Zugang zu Nahrungsmitteln für die lokale Bevölkerung vorrangig gesichert wird. Solange dies nicht sichergestellt ist, sollte die EU auf Pflanzentreibstoffe Abgaben erheben, die an die betroffenen Länder für Maßnahmen zur Ernährungssicherung zurückfließen können.

Der Beitrag ist in gekürzter Fassung unter dem Titel „Brot statt Sprit“ als Dokumentation in der Frankfurter Rundschau vom 29.09.2006 erschienen.



Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL-Bundesvorsitzender und für die Grünen stellvertretender Vorsitzender des Agrarausschusses des Europäischen Parlaments



Hannes Lorenzen, Entwicklungssoziologe, Mitarbeiter der Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament

43.000 Milchkühe und Pommes für McDonald's

Reise zu Industrie-Milchbetrieben in den USA. „Auch Eure Zukunft, wenn...“

„Kann ich Ihnen helfen?“ Nein „Danke, alles in Ordnung. „Was machen Sie hier?“ Fotos. „Warum?“ Oh, das ist interessant für mich. So etwas gibt es in Deutschland nicht. „Sie fahren bald wieder dahin zurück, ja! So Leute wie Euch wollen wir hier nicht haben!“, sprach der 5.000-Kuhbesitzer und demonstrierte mir die Eindeutigkeit seiner Worte damit, dass er mir dann ein paar Momente lang mit seinem Pick-Up den Weg versperrte. Bei meinem Erlebnis in Michigan im Osten der USA fehlte nur noch der Revolver und die Wild West Szenerie wäre komplett gewesen. Dem Betriebschef gefiel es nicht, dass ich seine Feld-Gülleberieselung über eine Bewässerungsanlage dokumentierte (siehe Foto). Das war ein Erlebnis unter anderen auf einer Entdeckungsreise der Entgleisungen einer überdimensionierten Milchproduktion.

Industrialisierung „erleben“

Food und Water Watch, eine amerikanische NGO, hatte Vertreter der Europäischen Bauernkoordination (CPE) in die Staaten eingeladen, um die Auswirkungen von Milchviehbetrieben mit zwischen 1.000 und 42.000 Kühen auf Umwelt, Mensch und Tier „erlebbar“ zu machen. Diese NGO setzt sich gemeinsam mit lokalen Bürgerinitiativen gegen solche Betriebe und ihre Machenschaften ein. Diese Betriebe haben häufig die Unterstützung der lokalen Regierungen und erhalten staatliche und regionale Gelder für den Aufbau. Einzelne Staaten wollen so ihre Milchproduktion erhöhen und die Nachfrage der Supermärkte nach großen Liefermengen erfüllen. Es sind meist keine alteingesessenen Betriebe, die wachsen, sondern außenstehende Personen – Holländer, Deutsche und Kalifornier – die derartige Industriemilchbetriebe einrichten. Die USA bieten Erleichterungen bei der Visumsbeantragung. Die Firma Vreba Hoff nimmt, gegen entsprechende Bezahlung, den gesamten Aufbau des Milchviehbetriebes in die Hand und wirbt dafür im Internet (www.melken-in-amerika.de).

Massentierhaltung im Extrem

Wir waren in den sechs Tagen unseres Aufenthaltes in den USA in drei verschiedenen Staaten und jedes Mal war die Lage zwar ein bisschen verschieden, das Grundproblem jedoch das gleiche: zu viele Tiere an einem Ort auf zu wenig Land. In Washington gab es in einer Region von 22 km Länge und ein paar Kilometern Breite 76 Milchviehbetriebe, von denen die allermeisten

über 1.000 Tiere, der größte 16.000 Milchkühe hatten. Ein Jungtier-Aufzuchtbetrieb hielt 5.000 Rinder auf knapp 15 ha Land.



Gülle per Bewässerungsanlage aufs Feld – eine Praxis, die der Betriebschef nicht veröffentlicht sehen wollte.

Die Gülle wird in unbefestigten Lagunen gesammelt, bevor sie in viel zu großen Mengen auf die Felder gebracht wird. Bei Regen wird sie dann in die Bäche geschwemmt. In vielen ländlichen Regionen gibt es keine öffentliche Wasserversorgung; die Menschen sind auf Brunnenwasser angewiesen. Doch die lokale Regierung sieht keinen Grund, etwas zu unternehmen. Und das ist vielleicht der eigentliche wilde Westen im Osten und Westen Amerikas: Partikuläre Wirtschaftsinteressen einiger gehen in massivem Ausmaß vor Umwelt und Gemeinwohl.

Umweltfolgen spürbar

Die Milchviehbetriebe sind spürbar – sie verbreiten einen penetranten Gestank, besonders in den Morgenstunden. Die Ammoniumwerte in der Luft sind wesentlich erhöht, unsere Führer sprachen von Werten, die bis zum 33-fachen über den erlaubten Grenzwerten liegen. Ein feiner Staub liegt auf den Autos. Die Lebensqualität hat sich hier in den letzten zehn Jahren sehr verschlechtert. Viele Menschen, die in dieser Region leben, sind sozial eher schwach gestellt, der Anteil der Mexikaner ist sehr hoch. Sie können sich besonders schwer gegen diese politisch gestützte Invasion wehren.

In Michigan ist das Land nahe der Großen Seen sehr feucht und daher gut drainiert. Das ist praktisch für die Industriemilchbetriebe: sie bringen die Gülle in Massen aufs Feld, der Boden kann

nicht alles aufnehmen, aber die Gülle sickert in die Drainage und von dort in den Bach, in den naheliegenden See und ist damit weg vom Hof. Die Bäche sind häufig tot, bei Sauerstoffwerten von 1,25mg pro Liter ist kein Leben im Wasser mehr möglich.

Weltgrößte Milchfarm

Die Threemile Canyon Farm in Oregon ist mit heute 43.000 Milchkühen die größte Milchfarm der Welt. Jerseys und Holsteins werden in zwei getrennten Herden gehalten und in vier Melkkarussellen à 80 Plätzen gemolken. Auf 3.600 ha Land werden Kartoffeln, Mais und Getreide angebaut.

Die Landarbeiter-Gewerkschaft Farm Workers Union (FWU) führt seit zwei Jahren einen erbitterten Kampf gegen

gewerkschaft FWU die Lactalis unter Druck, doch zunächst ohne Erfolg. Also wandte sich die FWU ins Heimatland des Unternehmens. Die französische Confédération Paysanne machte zusätzlichen Druck in Frankreich und Lactalis brach die Handelsbeziehungen zur Threemile Canyon Farm schließlich ab. Bauern- und Landarbeiterwiderstand global. Auch die Finanzierung der Threemile Canyon Farm ist international: neben staatlichen Geldgebern investierte auch eine Tochterbank der französischen PNB Paribas 100 Millionen Dollar. Doch nur eine einzige Person besitzt die gesamte Farm: Ron Offutt aus North Dakota, der größte Kartoffelerzeuger und 50%-ige Besitzer einer Fabrik, die sieben Prozent der gesamten Weltproduktion an Fritten herstellt. McDonald's ist einer ihrer Hauptabnehmer. Erik Nicholson von der FWU dazu trocken: „Auch Eure Zukunft, wenn Ihr es nicht schafft, in Europa dagegen anzugehen.“



Ställe bis zum Horizont – etwa 5.000 Kühe auf einem einzigen Betrieb.

Fotos: Korskper

die schlechten Arbeitsbedingungen auf dem Riesenbetrieb. 175 Mexikaner machen die Arbeit, 10-12 Stunden pro Tag, miserabel bezahlt. Sie haben weder Arbeitsvertrag noch Sozialversicherung und können deshalb jeder Zeit fristlos gekündigt werden.

Internationaler Widerstand

Die Riesen-Farm lieferte an eine Tochter der französischen Molkereigenossenschaft Lactalis. Mit der Forderung, sich entweder für bessere Arbeits- und Umweltbedingungen auf der Farm einzusetzen oder aber keine Milch mehr abzunehmen, setzte die Landarbeiter-

Fazit

Wir haben die abschreckenden Beispiele in den USA zu sehen bekommen. Es gibt vermutlich noch viele gute Betriebe, die Tier und Umwelt achten, zu einem lebendigen ländlichen Raum beitragen und eine Familie ernähren. Doch genau diese sind durch die Einrichtung der großen Betriebe und die Logik des Freihandels gefährdet. 40.000 Milchkühe – darum könnten sich 1.000 Bauern und Bäuerinnen kümmern und nebenbei noch die Landschaft pflegen, statt sie zu zerstören.

Sonja Korskper

Leserbrief

Überraschung mit Brecht

zum Gedicht von Bertold Brecht in der Bauernstimme 10/2006

Es war wirklich eine Überraschung, in einem Bauernblatt ein Gedicht von Bertold Brecht abgedruckt zu finden. Brecht hat „Kuh beim Fressen“ 1925 geschrieben, nur drei Jahre nachdem sein Auftritt auf der Wilden Bühne in Berlin wegen übler Tumulte von Landwirten abgebrochen werden musste. Grund war nicht etwa Kritik an der Landwirtschaft, sondern Brechts 1918 geschriebene „Legende vom toten Soldaten“, ein Antikriegsgedicht.

Brecht war Bauernfreund, das Bauernster-

ben hat er vorausgesehen und oft dagegen angeschrieben. Umgekehrt war die erste Zeile seines Sicheliedes, nämlich „Bauer, steh auf!“ gelegentlich auf Transparenten bei Bauerndemonstrationen zu sehen. Aber viel mehr an Beziehung zwischen Brecht und Bauern gab es wohl nicht. Grund genug, der Unabhängigen Bauernstimme für den Abdruck des Brecht-Gedichtes zu danken. Vielleicht ist ja wieder mal Platz für ein Gedicht, zum Beispiel von Rehwinkel.

Gerhard Borkiet, 29465 Schnega

Noch ein Gedicht: Ochschwanzsuppe

Wenn du Ochschwanzsuppe vor mir
Auf den Küchentisch stellen würdest –
Baxters –

Würdest du schreien: „Iss deine Ochschwanzsuppe.“

Bliebe ich sprachlos, gäbe keine Antwort,
Würdest du es wiederholen: „Iss deine Ochschwanzsuppe.“

Warum war ich so bedrückt
Beim Anblick der Ochschwanzsuppe?
Du nahmst an, weil ich ein Ochse bin,
Wäre ich beleidigt durch Ochschwanzsuppe,
Aber nein – was mich verrückt machte,
War das besitzanzeigende Fürwort in deinem Schrei:

Dieses Deine – dieses Deine Ochschwanzsuppe.

Ist nicht im Anzeigen von Besitz
Eine Note der Entfremdung
Von den Göttern verabscheut?
Ich bin ein Ochse, der Ochschwanzsuppe
Verabscheut, die deine ist.

Das einzig gute Gras
Ist jenes Gras, das nicht mein ist
Oder dein – das Gras, das in den sich wandelnden
Himmeln zwischen unseren Zehen wächst.
Die Nacht ist nicht unwandelbar.

PAUL DURCAN

Kommentar zum „fairen Milchpreis“ von Alnatura

Fairness gegen die eigenen Erzeuger ist ein guter Slogan. Wo beginnt diese Fairness, wo hört sie auf? Haben die Milchbauern der Mitbewerber nicht auch Fairness verdient, oder sogar die Mitbewerber selbst?

Alnatura hat genügend Kapital, um Kampfpreise anzusagen. Dies hat die eigenen Erzeuger und die Erzeuger der Mitbewerber an den Rand der Existenz getrieben. Alnatura nennt sich da zu Recht Branchenführer, allerdings auf dem Weg nach unten. Es kann nicht durchgehen, dass jetzt der erste Schritt in die richtige Richtung vom Verbraucher gefeiert werden soll, und das stetige Engagement des Fachhandels, der den Milchpreis in seinem Verantwortungsbereich vor dem Absturz bewahrt hat, ist keiner Erwähnung wert. Alnatura begründet die Vereinnahmung der Hälfte der Preiserhöhung damit, die eigenen Kosten seien nicht gedeckt gewesen. Also wurde die Milch zum Schaden Aller mit einem falschen Preis verkauft. Damit sagt Alnatura selbst, wie wichtig ihnen bisher Fairness war, denn übersetzt heißt das: Preisdumping bewirkt, dass pro Jahr in Deutschland Millionen Liter Milch zu billig angeboten werden.

Alnatura und alle anderen, die einen Preisführeranspruch in der Branche haben, sollten den Preis von Quark, Sahne, Joghurt und Milch dort ansetzen, wo alle Glieder der Wertschöpfungskette eine Kostendeckung haben. Der Fachhandel würde sofort nachziehen. „Fairer Handel“ ist ein Begriff, der schnell mal für einen Werbegag eingesetzt werden kann, falls keiner genau hinsieht. Verena J. schreibt dazu in einem Leserbrief an das Bio-Markt-Info, sie sei zunächst begeistert gewesen, aber bei näherem Hinsehen sei ihr die Lust vergangen. Die selbsternannten Branchenführer sollten ihre Verantwortung etwas ernster nehmen, die Lage ist zu kritisch. Wenn es nicht gelingt, die Erzeuger kostendeckend zu bezahlen, dann werden wir in Kürze nicht nur Sonnenblumenkerne, sondern auch Quark und Joghurt aus China beziehen.

[Lesen Sie dazu den Artikel „Alnatura Milchpreis-Aktion in der Kritik“ im BIO-Markt-Info, dem online Magazin für den Naturkosthandel, www.bio-markt.info]

Kommentar von
Jürgen Blaas und Harald Wurm
Abdruck in leicht gekürzter Form

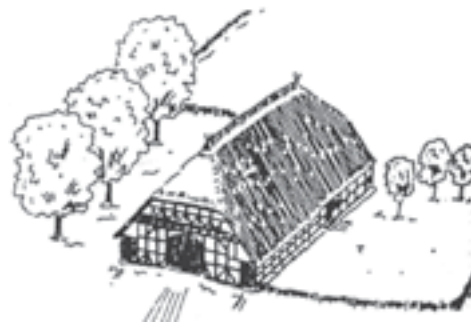
Hier riecht es so gut

Manchmal ist es so einfach, einen Stadtmenschen glücklich zu machen (und Stadtmenschen gibt es reichlich in der Nähe, die alle auf einem richtigen Bauernhof einkaufen wollen)!

Gestern begegnet mir eine Kundin auf dem Hof, die auf dem Weg zu ihrem Auto ist, wo der Nachwuchs darauf wartet, in den Kindergarten gefahren zu werden.

Völlig unvermittelt sagt sie zu mir: „Es riecht immer so gut hier, am liebsten würde ich mich jetzt auf eine Bank setzen und gemütlich in der Sonne einen Kaffee trinken. Aber leider...“ Und dabei stehen wir in der Nähe der Werkstatt!! Kein wohlriechender Pferdemit, leckerer Siloduft oder Kuhgeruch in der Nähe. Da muss ich in mich hineinschmuzzeln und bestätige die Aussage der Frau und bedauere sie.

Schon länger ist es ein großes Anliegen unseres Hofes, den Kunden samt ihren ganzen Familienangehörigen ein Einkaufserlebnis zu bieten. Eine Riesenschaukel, auf der man sich zu zweit gegenüber zuschaukeln kann, ein alter Klettertrecker, eine Schweinewippe, viel Platz zum Toben und Strohhallen zum Klettern. Wie gut, dass unsere Katzen so streichelfreudig sind, es passt nur nicht so recht ins Bild, dass sie keine Namen haben.



... aus Norddeutschland

Wehe unsere Hühner sind gerade im Suppentopf gelandet und können nicht mehr gefüttert werden, dann muss man den Kindern schnell erklären, dass die Hühner gerade im Urlaub sind, damit nicht das böse Wort „Schlachten“ fällt. Und alle noch so städtischen Fragen werden nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet.

Da weiß man die Kinder gut versorgt und unterhalten und kann in aller Ruhe ein leckeres Stück Kuchen und einen Kaffee genießen. Und zur rechten Zeit auch noch beobachten, wie die Gänse so idyllisch in den Stall getrieben werden, wenn man nicht gerade im Weg steht und die Gänse natürlich keinen Schritt weiter vor wollen und am liebsten den Rückwärtsgang einlegen würden.

Das kann manchmal alles ganz schön anstrengend sein, zumal oft Dinge verfüttert, Orte betreten und dann auch noch eingestreut werden, die so gar nicht ins Arbeitskonzept passen.

Aber der Gedanke, dass alle diese Kunden und die Kinder hoffentlich die Kunden von morgen sein werden, um diese Art der Landwirtschaft zu erhalten, relativiert doch wieder ein bisschen das Gewusel, in dem man dann doch auch arbeiten muss.

Aber manchmal muss man gar nicht so viel Anstrengungen unternehmen, um die Kunden zufrieden zu stellen und glücklich nach Hause fahren zu lassen: einfach eine tiefe Nase guter Landluft einatmen zu können!

Wie gut, dass mir das jeden Tag möglich ist!!

Emmas SchokoLaden

Tante Emma hat sich ihren Lebens-
traum verwirklicht: ein eigener Laden,
in dem sie leckere Schokolade ver-
kauft. Bunte Regale, süße Versuchungen
und zufriedene Kunden. Kein Zweifel:
Schokolade macht glücklich. So liebt es
auch ihre Nichte Natascha, in den Schul-
ferien bei Tante Emma im SchokoLaden
auszuhelfen. Doch dieses Jahr kommt
alles anders: Zu Ferienbeginn findet Na-
tascha überraschend den Schlüssel zum
Schokoladen in ihrem Briefkasten, denn
Tante Emma ist in unbekannter Mission
verreist. Spannend wie ein Krimi beginnt
das neue Taschenbuch für Kinder, das
die Medienproduktion und Vertriebsge-
sellschaft des Hilfswerks Misereor in Ko-
operation mit der Siegel-Organisation
TransFair herausgegeben hat. Und span-

nend geht es
weiter, wenn
Natascha an-
fängt zu re-
cherchieren. Macht
Schokolade
doch nicht alle
glücklich? Zu-
mindest sehen
die Kakaobau-
ern auf den Fo-
tos im Internet



nicht so aus. Schließlich kehrt Tante
Emma aus Südamerika zurück und
bringt nicht nur die bittere Wahrheit
über die billige Schokolade mit, sondern
auch die Alternative: fairgehandelte
Schokolade. Nach einer kurzen Reno-
vierung öffnet der SchokoLaden neu als
Emmas fairer Laden, denn Tante Emma
will ja weiterhin Freude an ihrer Schoko-
lade haben und nicht dazu beitragen,
dass die Kakaobauern ausgebeutet wer-
den. So wird auf spannende Weise ohne
pädagogischen Zeigefinger vermittelt,
dass es nicht egal ist, was wir kaufen,
sondern dass wir mit unserer Kaufent-
scheidung zum fairen Umgang mitein-
ander beitragen können. Im Anhang er-
klären kurze Texte, wie fairer Handel
funktioniert, Schokolade hergestellt wird
und sich Preise zusammensetzen. Außer-
dem gibt es praktische Vorschläge für
Lehrer, das Thema in den Klassenstufen
4 bis 6 zu behandeln. *we*

2006. 90 Seiten. Taschenbuch für Kin-
der ab 9 Jahren. 8,50 EUR, ISBN-10:
3-88916-264-9, MVG Medienproduk-
tion und Vertriebsgesellschaft mbH,
Best.-Nr.: 5 501 06, Tel.: 0180-5200210,
Fax: 0241-479 86-745, bestellung@eine-welt-mvg.de

Geschlossene Ortschaft

Mit Florian Illies, Autor von „Ge-
neration Golf“ hat sich ein wei-
terer bekannter Autor an seine Wur-
zeln auf dem Land, oder wie er es aus-
drückt, „in der Provinz“ erinnert. In
seinem in diesem Sommer erschie-
nenen Buch „Ortsgespräch“ begibt er
sich von Berlin auf eine Reise in seine
alte Heimat in Hessen, in seinen Ge-
burtsort Schlitz, ein Städtchen mit
5.000 Einwohnern. Dort ist für den,
der eine Weile fort war, ein Stück weit
die Zeit stehen geblieben. Auch wenn
es ihn nicht mehr gibt, telefoniert man
nach 18 Uhr zum Ortstarif, in der
Nachbarschaft tauscht man in der Ge-
müseernte Zucchini gegen Brombee-
ren und natürlich wird jeden Samstag
die Straße gekehrt. Und während der
Leser den Ort kennen lernt, erzählt Il-
lies Geschichten aus seiner Jugend, wie
sie wohl viele erlebt haben. Die Bilder,
die Gerüche und die Begegnungen, die
Illies heraufbeschwört, lassen den Le-
ser immer wieder zurückdenken an die
eigenen Jugendgeschichten.

Die liebenswürdige Darstellung der Be-
wohner von Schlitz erinnert mich
manchmal an Siegfried Lenz' „So zärt-
lich war Suleyken“, was wahrscheinlich

mit dem Blick in die Vergangenheit zu
tun hat. Ich meine nicht, dass der Au-
tor sich auf Kosten seines Geburtsortes
lustig macht, er liebt seine alte Heimat
wirklich, aber ich würde gerne von ihm
erfahren, ob er sich vorstellen kann,
dorthin zurückzukehren. Denn die „Pro-
vinz“ wird es nur so lange geben, wie
Menschen bereit sind, dort zu leben.
Oder wie ein anderer Rezensent formu-
liert: „Ortsgespräch‘ wird in ganz
Deutschland gelesen werden und zu ei-
ner romantischen Rückbesinnung auf
Natur und Heimat führen. In Schlitz
nicht.“

Neben diesen Überlegungen ein kurz-
weiliges Buch, mit dem man auf dem
Gabentisch nichts falsch machen kann.

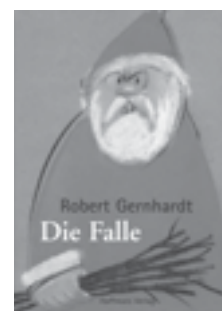
Florian Illies, *Ortsgespräch*,
erschienen im Blessing Verlag,
ISBN 3-89667-262-2, 16,95 €



Statt Lebkuchen Die Falle

Der reiche Herr Lemm bucht beim
Studentenhilfswerk für 25 Euro
einen Weihnachtsmann für seine Kinder.
Alles verläuft nach Plan. Die Kinder war-
ten gespannt im Wohnzimmer, die kal-
ten Platten für die erwarteten Arbeits-
kollegen stehen nebst Getränken in der
Küche bereit. Dann kommt der student-
ische Weihnachtsmann. Zieht sich um.
Nimmt die Geschenke und den Zettel
mit den Fehlern der Kinder. Im Wohn-
zimmer wartet die Familie gespannt,
während der Weihnachtsstudent noch
schnell mal telefoniert. Die Falle
schnappt zu. „Guten Tag, liebe Kinder“

die Bescherung
beginnt. Doch
plötzlich klingelt
es und Knecht
Ruprecht steht
vor der Tür,
dann ein Engel,
dann ...



Zum Schmunzeln für Erwachsene von
Robert Gernhardt;
Haffmanns Verlag, DIN A6,
48 Seiten, viele Illustrationen,
ISBN 3 251 00519 7

Komplett neu:

Atlas der Globalisierung 2006

Dieser neue Atlas ist der beste po-
litische Reiseführer durch die
Welt“, so Susan George, Vizepräsi-
dentin von Attac Frankreich. Unter den fünf
Hauptkapiteln: Die bedrohte Umwelt,
Die neue Geopolitik, Gewinner und Ver-
lierer der Globalisierung, Ungelöste Kon-
flikte und Der Aufstieg Asiens finden sich
mehrere Doppelseiten, von denen eine
jede einem konkretem Thema gewidmet
ist. Hier finden sich auch viele Themen
wieder, die die Bauernstimme bereits auf-
gegriffen hat, wie: Leben mit dem Kli-
mawandel, Sauberes Wasser – knappes
Gut, Potenziale und Grenzen erneuerbar-
er Energien, Falsche Versprechen – Ge-
technik in der Landwirtschaft, Wal Mart
– mit schlechtem Beispiel voran, Agrar-
subventionen, die den Hunger mehren.
Weitere Themen sind den Krisenregio-
nen dieser Welt gewidmet und ein be-
sonderer Schwerpunkt liegt auf den Ent-
wicklungen in Asien. Den sehr anschau-
lichen Überblick zur Lage der Welt bie-

tet der Atlas dank seiner vielen farbigen
Karten und Schaubilder von Philippe Re-
kacewicz auf den fast 100 Doppelseiten.
Die kurz gehaltenen Texte werden er-
gänzt durch weiterführende Recherche-
tipps fürs Internet. Der neue Atlas der
Globalisierung aus der Werkstatt der
Monatszeitung Le Monde diplomatique
ist nur drei Jahre nach seinem Vorgänger
erschienen und wird in Deutschland von
der taz Verlags- und Vertriebs GmbH
herausgebracht, die über die Neuausgabe
urteilt: „Alle Leser werden sich verwun-
dert die Augen darüber reiben, mit wel-
cher Wucht und Selbstverständlichkeit
die Globalisierung inzwischen alles er-
fasst hat.“

we

TAZ Verlags- und Vertriebs GmbH,
Atlas der Globalisierung 2006,
200 Seiten, farbig, 12 Euro plus Ver-
sandkosten, www.monde-diplomatique.de/pm/atlas/atlas

Kühe 2007

Kühe. Große Augen. Die Ohren nach
Küorn. Interessierter Blick. Immer in
die Kamera schauen. Der Franzose
Therry des Ouches hat für jeden Monat
Kühe und Bullen oder einfach Rindvie-
cher fotografiert. Auf der
Weide, allein oder in Grup-
pen. Zwölf Monate zwölf Bil-
der, zwölf Charaktere zeigt
der Fotograf in dem Kalender
Kühe 2007. Deutsche Rassen
allerdings sucht man verge-
bens. Als Franzose hat sich
der Fotograf in seinem Hei-
matland umgesehen. Der At-
traktivität der Bilder tut dies
aber keinen Abbruch.

Kühe 2007, Thierry des Ouches,
475x330mm, Spiralbindung,
14,95 Euro, ISBN: 3-89880-599-9



Die Weltunordnung von Ökonomie und Krieg

Es gäbe genug Geld, genug Arbeit, „genug zu essen, wenn wir die Reichtümer der Welt richtig verteilen würden, statt uns zu Sklaven starrer Wirtschaftsdoktrinen oder -traditionen zu machen“ (Albert Einstein in: Warum Krieg?, 1972). Das ist der Leitgedanke, der sich durch die Beiträge zur 22. Internationalen Sommerakademie des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung vom Juli 2005 zieht, die nun als Buch herausgegeben sind. So schreibt der Stifter des Alternativen Nobelpreises Jakob von Uexküll „gegen die Kultur der globalen Gier“. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Frage der künftigen Energieversorgung gewidmet. „Solarpolitik ist Friedenspolitik“ so Hermann Scheer, Präsident von Eurosolar und Vorsitzender des Weltrates für erneuerbare Energien, in seinem Beitrag. Sehr anschaulich mit vie-

len Tabellen auch Elmar Altvaters Beitrag zum Ende des fossilen Energieregimes. Wer die etwas wissenschaftliche Sprache der Texte nicht scheut, wird hier sicher viel entdecken. Noch nicht thematisiert wird in diesem Buch der Klimawandel, dennoch: sehr lesenswert! *we*

Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, Projektleitung: Thomas Roithner: *Die Weltunordnung von Ökonomie und Krieg. Von den gesellschaftlichen Verwerfungen der neoliberalen Globalisierung zu den weltumspannenden politischen Ansätzen jenseits des Casinokapitalismus, Dialog 49 – Beiträge zur Friedensforschung, LIT Verlag, Münster – Hamburg – Berlin – London – Wien, 304 Seiten, 12,90 Euro, 1. Auflage, ISBN 3-7000-0503-2, Juni 2006, www.lit-verlag.de/isbn/3-8258-9723-0*

Landschönheiten

„... Und ich sehe wie wunderschön diese Menschen sind. Schönheit? Was ist eigentlich Schönheit? Glatte Haut? Ein makelloser Körper? Der perfekte Busen oder ein Waschbrettbauch?

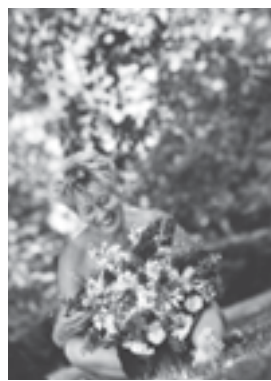
Viele Fragen und dann kam sie, die Idee ...

Ein Kalender, ein Kalender von uns, ein erotischer Kalender? Der Gedanke war da, die Idee geboren einen Kalender herauszugeben.“

„Jetzt hoffen wir, nein, jetzt wissen wir, dass auch Ihnen der Kalender gefallen wird. Entdecken und genießen Sie die wahre Schönheit und lassen sie sich von den Landschönheiten durch das Jahr 2007 begleiten.“

Anmerkungen der Regisseurin Heike Scharf zur Entstehung.

Kalender „Landschönheiten“, 40 x 40cm, schwarz-weiß, 18,50 Euro zu beziehen über Kulturzentrum Seefelder Mühle; Hauptstr.1; 26937 Seefeld; 04734/1236; kulturzentrum@seefelder-muehle.de



Bauerntöchter als Hörbücher

Viel Erfolg hatte Ulrike Siegel mit den drei Büchern „Immer regnet es zur falschen Zeit“, „Gespielt wurde nach Feierabend“ und „Wie leicht hätte es anders kommen können“, in denen Bauerntöchter aus den verschiedenen Regionen Deutschlands ihre Geschichten erzählten.

Nun hat der Landwirtschaftsverlag ein Teil der Geschichten vertont und als Hörbücher herausgebracht. Aus jedem Band wurden die besten Geschichten ausgewählt und von tollen Stimmen vorgelesen – ideal zum Zuhören! Für alle, die Spaß an den Büchern haben und die

gerne mal ein Hörbuch hören statt selber zu lesen, ist dies bestimmt das richtige Hörerlebnis.

Auf jeder CD sind drei bis fünf Geschichten gelesen in 60 bis 70 Minuten. Es gibt jede CD einzeln für 9,95 Euro oder alle drei zusammen im Paket für 25,95 Euro. Zu bestellen über den ABL-Verlag.



Büchsenlicht

Ein Buch voller Melancholie. Irgendwo im Norden Deutschlands spielen die Erzählungen. Auf dem Land. Doch wer denkt, dass sei nichts, was sich zu lesen lohnt, der irrt. Denn obwohl schon nach wenigen Zeilen klar scheint, in welche Richtung die Handlung die Akteure treibt, geschieht das Besondere, das Andere. Etwas Unerwartetes. Während der Städter sich mit offenem Mund staunend fragt, ob das denn wahr sein könne, werden die, die vom Dorf kommen wiederentdecken und erinnern. Das Buch ist kein „So leben Wir auf dem Lande“ und der Unterschied zur Stadt ist kleiner als gedacht. Denn im Mittelpunkt stehen Träume, Wünsche und Sehnsüchte. Dass der Alltag oft grauer ist, als das selbst an der regnerischen Küste der Fall sein müsste, setzt einen ordentlichen Kontrapunkt, der die kleinen Ausbrüche der Landlebenden aus ihrem vorgezeichneten Bahnen in noch bunterem Licht erscheinen lässt.

Svenja Leiber nimmt den Leser mit auf eine Fahrt aufs Land. Wer sich drauf einlässt wird sich über die Konsequen-

zen eines fehlgeleiteten Liebesbriefs wundern und staunen, wie man zu seinem Lieblingspferd kommen kann. Er wird manchmal die Faust vor Wut und Machtlosigkeit ballen. Immer aber wird man die letzten Zeilen jeder Erzählung mit Wehmut auch über deren Ende lesen. Und so überträgt sich ganz unbemerkt die Melancholie des Buchs auf den Leser. Regt an, macht einen schmunzeln und am Ende entspannt sich auch die geballte Faust.

Dreizehn Erzählungen. Genug für fast zwei Wochen. Jeden Tag eine.

Büchsenlicht; Svenja Leiber, gebunden 17,90 Euro (ISBN: 3-250-60081-4) ab Dezember als Taschenbuch für 8,90 Euro (ISBN: 3-8333-0436-7) zu beziehen über den ABL-Verlag



Eine kulinarische Reise durch die irische Literatur

Irland, die „Grüne Insel“, der Inbegriff für Whiskey, Irisch Stew und erstklassiger Literatur. Diese drei Facetten bringt das 250 Seiten starke Buch „Paddy's Speis und Trank“ zusammen zu einer lezenswerten Kulturreise.

Der Herausgeber Jürgen Schneider, Kurator, Übersetzer und Publizist durchforschte die irische Literatur nach Texten und Gedichten zum Thema Essen und Trinken. In über 100 Kurzgeschichten, Textauszügen und Gedichten wird das Verhältnis der Iren zu ihren Nahrungsmitteln vorgestellt. Da geht es nicht nur um Whiskey und Kartoffeln, sondern auch um Wachteleier, Sushi, Kugelfisch und Hummer, erzählt von bekannten Autoren wie Jonathan Swift, Samuel Beckett, Oskar Wilde und weniger bekannten Autoren, angefangen vom 17. Jahrhundert bis in die heutige Zeit. Gespickt mit zahlreichen Rezepten der Verfasser, kann man sich die Dichtkunst förmlich auf der Zunge zergehen lassen.

Die Sprache, auch manchmal derb wie die Schafskopfsuppe, spiegelt das Verhältnis der Iren zu Nahrungsmitteln wider. Die Hungersnot im 19. Jahrhundert, ausgelöst durch die Kartoffelpest halbierte die irische Bevölkerung auf

vier Millionen Menschen, und ist auch noch Thema zeitgenössischer Schriftsteller. Das Buch lädt ein, die irische Literatur näher kennen zu lernen. Quasi ein Bildband in Worten über die irische Insel und ein ideales Geschenk für alle Irlandliebhaber.

Paddy's Speis und Trank, erschienen im Verlag Die Werkstatt, ISBN 3-89533-450-2, 16,90 Euro



(Klein) Anzeigen**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de, Anzeigenschluss für BS November 2006 ist am 15. November.

Tiermarkt

● Verkäufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse.
Burkhard Schirmeister, Sipplingen,
☎ 07551-63609

Landwirtschaftliche Büroorganisation und Qualitätssicherung**- Zeit gewinnen mit System -**

Mein Angebot: Büro aufräumen, Unterlagen sortieren, Gültigkeit und Aufbewahrungsfristen prüfen, Erstellung eines Ordner- und Ablagesystems, Vorbereitung auf Betriebskontrollen, usw.

Kostenlose Infos unter: Klaus Springer

Tel. 05401/3397970 oder

www.bueroorganisation-landwirtschaft.de

**Landesverband Niedersachsen Herbsttagung**

am Sonntag, den 29. Oktober 2006 von 10.00 bis 16.00 Uhr im Hotel „Grüner Jäger in der Bremer Str. 48 in Verden

Neue Förderpolitik in Niedersachsen – Wo geht die ländliche Entwicklung im Lande hin?

10.05 Uhr: Dr. Jürgen Wilhelm, ML Niedersachsen: Planungen zum neuen „Förderprogramm zur ländlichen Entwicklung“ in Niedersachsen von 2007 bis 2013

14.00 Uhr: Georg Janßen, Annemarie Volling: Bäuerliche Landwirtschaft braucht keine Gentechnik

Informationen: AbL Niedersachsen, Andreas Backfisch, Tel: 05508-999989, Fax: -999245, andi.backfisch@gmx.de

FILMTIPP: WDR Fernsehen

Montag, 13. November 2006
22:30 bis 23:15 Uhr

Wiederholung am Mittwoch,
15. November 2006, 10:00 Uhr

„Immer Ärger mit Linda“**ZUCKER! Süßer Stoff gegen Armut?**

Auswirkungen der Europäischen Zuckermarktreform in Nord und Süd. Ein Thema für entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. **Internationale Tagung. Vom 1.12. - 2.12.2006 in Hannover.** Mehr Infos unter: > www.das-zuckerprojekt.de > 0511 39088980

DAS ZUCKERPROJEKT
SOLIDARITÄT IM WELTHANDEL

Veranstaltungen**Rheinland-Pfalz Agrarpolitische Tagung**

28. Oktober 2006, Altenkirchen
Agrarpolitik vor aktuellen Herausforderungen – Zukunft der Nebenerwerbslandwirtschaft in Kooperation mit dem Verband der Nebenerwerbslandwirte und der BAG eJl.
Infos: Claudia Leibrock, BAG eJl, ☎ 02681-951617, Fax: -70206, leibroch@lja.de

Mythos Biosicherheit

Oktober/November 2006
AktivistInnen aus Costa Rica und Chile berichten von ihren Erfahrungen mit dem Anbau transgener Kulturen, über den Einfluss der Agro-Gentechnikkonzerne und über den Umgang mit der Biosicherheit in ihren Ländern.

Freitag, 27. Okt. in Berlin: 19:00 Uhr, Kulturetage „Mosaik“, Oranienstr. 34, Kontakt: Ute Sprenger, ☎ 030-685 70 73, ute.sprenger@gen-ethisches-netzwerk.de

Dienstag, 31. Okt. in Hamburg: 18:30 Uhr, Werkstatt 3, Seminarraum (1. Stock), Nernstweg 32-34, Kontakt: Uli Eder, ☎ 040-39 25 26, info@bukoagr.de

Donnerstag, 02. Nov. in Leingarten/Lkr. Heilbronn: 20:00 Uhr, Festhalle Großgartach (ab 19:00 Uhr Markt der Möglichkeiten), Kontakt: Oliver Scherer, ☎ 07942-107-76, o.scherer@hohebuch.de

Freitag, 03. November in Winterthur/Schweiz: 20:00 Uhr, Strickhof Wülflingen, Riedhofstr. 62, Kontakt: Tina Goethe, ☎ (0041) 31-350 53 75, t.goethe@swissaid.ch

Zukunft der Direktzahlungen

09. November 2006, Kassel
Herbst-Mitgliederversammlung des AgrarBündnis mit agrarpolitischem Forum zu grundsätzlichen Gedanken zu staatlichen Transferzahlungen in der Landwirtschaft, Ideen zur Umsetzung und Forderungen an die Politik.

AgrarBündnis, Frieder Thomas, ☎ 0561 701659-42, Fax: -40, info@agraruendnis.de

Blütenarmut in der Landschaft

09. November 2006, Visselhövede
Betroffen von der Blütenarmut sind vor allem Imker, Jäger und Naturschützer. Aber auch die Landwirtschaft wird zunehmend mit den Auswirkungen einer fehlenden Vielfalt konfrontiert. Die Bioland Fachtagung greift diese Problematik auf und stellt gleichzeitig eine Vielfalt von guten Beispielen und Lösungsansätzen vor.

Bioland LV Niedersachsen/Bremen, ☎ 04262 9590-70, Fax: -50, e.meyerhoff@oeko-komp.de

5. Sächsische Umweltmanagement-Konferenz

09. November 2006, Dresden
Fachteil Land- und Forstwirtschaft zu Umwelt- und Qualitätssicherung als regionaler Strategie
Infos: ☎ 0351-564-2204, Katrin.Glaeser@smul.sachsen.de oder www.smul.sachsen.de/umweltallianzen

Pioniere der Region

10./11./24. November 2006, Kempten im Allgäu
Es geht um ökonomische Strategien, die auf die Region setzen. Men-

schen, die Neues wagen, Ideen umsetzen und sozialen Mehrwert schaffen, stellen sich vor zu den Schwerpunkten: Landwirtschaft und Handwerk (10.11.) / Dienstleistungen (17.11.) / Soziale Netze (24.11.).
Jeweils um 19.00 Uhr im Kempodium e.V., Allgäuer Zentrum für Eigenversorgung, Untere Eicher Str. 3, 87435 Kempten, ☎ 08 31 54 02 13-0, Fax: -17, www.kempodium.de

Lernen auf dem Bauernhof

10. bis 12. November 2006, Altenkirchen

Der Einstieg in den Betriebszweig „Lernen auf dem Bauernhof“ bedarf einer guten Planung.
Info und Anmeldung: Claudia Leibrock, Evangelische Landjugendakademie, ☎ 02681-951646, Fax: -70206, leibroch@lja.de

Hofübergabeseminar

11. und 12. November 2006, Hohebuch

Hilfreich ist, wenn von jeder Familie die hofübernehmenden jungen Leute (einschließlich der Ehepartner), die hofübergabenden Eltern und die „weichenden Erben“ (Geschwister der Hofübernehmer) zum Seminar kommen.
Ländliche Heimvolkshochschule Waldenburg-Hohebuch, ☎ 07942 107-0, Fax: -77

Landwirtschaft gemeinnützig

15. November 2006, Kassel

Seit den 60er Jahren wurden ca. 80 Höfe bundesweit als gemeinnützige Träger gegründet. Die GLS Gemeinschaftsbank eG hat eine Vielzahl dieser Höfe in den letzten 30 Jahren begleitet und veranstaltet die Tagung für Aktive und Neueinsteiger.

Anmeldung und Detailprogramm: Uschi Vortisch, ☎ 0234 5797-126, Fax: -188, www.gls-akademie.de

Großschutzgebiete und Tourismus

16. November 2006, 08280 Aue

8. Fachsymposium „Umwelt und Raumnutzung“ mit dem Schwerpunktthema „Die Bedeutung von Großschutzgebieten für die touristische Entwicklung in Sachsen“
Infos: ☎ 0351-8928-322, E-Mail: Christoph.Moormann@lfug.smul.sachsen.de, www.lfug.smul.sachsen.de à Öffentlichkeitsarbeit à Veranstaltungen

Ulmer Herbsttagung

19. November 2006, Ulm

Demeter-Herbsttagung zu den Themen: Züchtung neuer Getreidesorten und Qualität im Naturkosthandel
Demeter Baden-Württemberg in Kooperation mit Beratungsdienst Ökologischer Landbau Ulm, ☎ 0731-24729, Fax: -9217837, info@oekoulm.de

Ökologischer Ziegenhaltertag

20. November 2006, 85405 Nandlstadt

Referenten: Dr.Barth (Inst. Ökol. Landbau Trenthorst), Dr. Strobel (Tierarzt), B. Reinmuth (Bioland)

Anmeldung: Bioland-Hotline 01803-2465263, breinmuth@bioland-beratung.de

ASG-Herbsttagung

23. und 24. November 2006, Göttingen

Ländliche Räume zwischen Lissabon-Strategie und Metropolregionen

Agrarsoziale Gesellschaft, ☎ 0551 49709-21, Fax: -16, www.asg-goe.de

Erfolgreich in die Zukunft

26. bis 28. November 2006, Altenkirchen

Die wirtschaftliche Situation im ökologischen Landbau erkennen, verbessern, darstellen.

Evangelische Landjugendakademie, Claudia Leibrock, ☎ 02681-951617, Fax: -70206, leibroch@lja.de

Gentechnikfreie Fütterung

29. November 2006, Aichstetten

Futtermittelhändler und Bauer Josef Feilmeier aus Edlham im Lkr. Passau zeigt, dass es auch ohne Gentechnik geht.

20 Uhr in Aichstetten (direkt an der A96) im Pfarrsaal. Veranstalter: Bio-Ring Allgäu, ☎ 0831-22790, Fax: -54021317, info@bioring-allgaeu.de

Jedes Lamm zählt!

29. bis 30. Nov. 2006, Loccum

Internationale Bioland Schaf- und Ziegen-Tagung

Anmeldung bis 1. Nov.: Bioland-Tagungsbüro, ☎ 04262 9590-70, Fax: -50, info@bioland.de

Wachsen – Wandeln – Weichen!

06. bis 09. Dez. 2006, Witzzenhausen

14. Witzzenhäuser Konferenz zur Wirtschaftlichkeit im Ökologischen Landbau. Einzelne Betriebe stellen individuelle Konzepte vor.
www.wachsen-wandeln-weichen.de; Anmeldung: konferenz-2006@freenet.de, ☎ 05542-969096

Hohebucher BUS Seminar

Dezember 2006 bis Februar 2007, Hohebuch

Die Bauern-Unternehmer-Schulung vermittelt in 4 x 2 Tagen unternehmerische Kompetenzen.

Termine: 5./6. Dez. 2006, 9./10. Jan. 2007, 6./7. Feb. 2007 und 27./28. Feb. 2007, Anmeldung: Evang. Bauernwerk, Veronika Grossenbacher, ☎ Tel.: 07942 107-12, Fax: -77, V.Grossenbacher@hohebuch.de

Ackerbau ohne Pflug

06. bis 09. Dezember 2006, Creglingen-Craintal

Internationales Praktikerseminar LHVHS Lauda, ☎ 09343-589190, Fax: -613781, www.LHVHS.de

Lernprozesse auf dem Bauernhof gestalten

08. bis 10. Dezember 2006, Altenkirchen

Wie arrangiere ich ein Lernmodul auf einem Bauernhof?

Info und Anmeldung: Claudia Leibrock, Evangelische Landjugendakademie, ☎ 02681-951646, Fax: -70206, leibroch@lja.de

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch **Der kritische Agrarbericht**

bitte ankreuzen

Ausgabe 2006 2005 2004 2003 2002 2001 2000
 19,80 € 19,80 € 19,80 € 21,00 € 19,80 € 20,00 € 19,00 €

.... Expl. **Bewegte Zeiten**, Stückpreis 13,90 € **NEU!!!** _____ €

.... Expl. **Der Wollmützenmann**, Stückpreis 11,90 € **NEU!!!** _____ €

.... Expl. **Matthias Stührwoldt live**, CD, Stückpreis 13,90 € **NEU!!!** _____ €

.... Expl. **Verliebt Trecker fahren**, Stückpreis 9,90 € _____ €

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 €

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ ggf. E-Mail _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330

Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114

Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147

Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/988360, Fax: 05865/989361

Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774

Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118

Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247

Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

Mecklenburg Vorpommern / Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Vorpommern: Albert Wittneben, Tel.: 039604/26859

Brandenburg: Cornelia Schmidt, Tel.: 03879/12518; Erich Degreif, Tel.: 033204/35648; Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, Tel.: 06441/75502, Fax: 06441/975995

Nordhessen: Bernhard Wicke, Tel.: 05665/1403, Onno Poppinga, Tel.: 05673/3540

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Norbert Worm, Roemerstr. 1, 54568 Gerolstein, Tel.: 06558/8621

Vorsitzender: Ewald Frisch, Tel.: 06522/549, Fax: 06522/933636, E-Mail: abl.lv-rlp@web.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Josef Bopp, Ulmer Straße 20, 88416 Ochsenhausen, Tel.: 07352/8928, Fax: 07352/941422

Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;

Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584

Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278

Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, E-Mail: Abl-Bayern@web.de; www.abl-bayern.org

Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer, Tel.: 08847/804,

Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Andreas Rimmelberger, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635

Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039

Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194/8480

Sachsen / Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg, Tel.: 037323/50129, Fax: 037323/15864



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221,

E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

AbL-Bundesgeschäftsstelle, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,

Tel.: 02381/9053173, Fax: 02381/492221, E-Mail: gentechnikfreie-landwirtschaft@abl-ev.de



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 86,00 €
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 121,00 €
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ € zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 31,00 €
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 56,00 €
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____

Telefon/Fax _____ E-Mail _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 - Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
- Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum _____ Unterschrift _____

AbL-Mitgliederversammlung und agrarpolitische Tagung

17. – 19. November 2006 in Altenkirchen/Westerwald

Agrarpolitische Tagung

von AbL und Bundesarbeitsgemeinschaft Evang. Jugend auf dem Lande

Freitag, 17. November 2006

15:00 - 16:00 Uhr: Anreise, Kaffee, Tee, Kuchen

16:00 Uhr: Auftaktdiskussion

Die Zukunft der Ländlichen Entwicklung und der Direktzahlungen. Soziale und ökologische Reformansätze

Auf dem Podium:

Gert Lindemann (Staatssekretär Bundesministerium BMELV), **Dr. Dirk Ahner** (Stellv. Generaldirektor, EU-Kommission), **Peter Hauk** (Minister Baden-Württemberg), **Ulrich Kelber** (stellv. Fraktionsvorsitzender SPD-Bundestagsfraktion). Moderation: **Maria Heubuch** und **Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf** (AbL)



Dirk Ahner



Peter Hauk



Gert Lindemann



Ulrich Kelber

18:30 - 19:30 Uhr: Abendessen

20:00 Uhr: Diskussions-Forum

Wir sichern für uns die Freiheit der Wahl. Konventionell und ökologisch – das bleibt gentechnikfrei!

Aktuelle Einschätzung über die politische Gentechnikdiskussion in Deutschland und in der EU, Bericht über unsere Arbeit, Ausblick und Strategie
 Referenten: **Mute Schimpf** (Misereor), **Sigrid Herbst** (Interessengem. gentechnikfreie Saatgutarbeit), **Henning Strodthoff** (Greenpeace), **Annemarie Volling**, **Georg Janßen** (AbL). Moderation: **Marcus Nürnberger** (Redaktion *Bauernstimme*)

Samstag, 18. November 2006

8:00 - 9:00 Uhr: Frühstück

Zeitgleiche Diskussionsforen:

Milch: Einschätzungen und Strategien für einen fairen Milchpreis

Referenten: **Ernst Halbmeyr** (a Fair Milch, Österreich), **Josef Jacobi** (Upländer Bauernmolkerei), **Romuald Schaber** (BDM Bundesvorsitzender), **Hans Geurts** (Niederlande), **Bernd Voß** und **Bernd Schmitz** (AbL). Moderation: **Sonja Korpeter** (European Milk Board).

Nachwachsende Rohstoffe: Sackgassen, Lösungen, Perspektiven

Referenten: **Hans-Bernd Hartmann** (Zentrum Nachwachsende Rohstoffe NRW), **Dr. Maren Heincke** (Evangelische Kirche Hessen Nassau), **Heinrich Prestel** (Biobauer im Allgäu, technischer Kontrolleur Biomasseholzheizkraftwerk), **Martin Schulz** (Betreiber einer kleineren Biogasanlage). Moderation: **Elisabeth Waizenegger** (AbL-Bundesvorstand).

Bioboom und die Bauern/Bäuerinnen

Referenten: **Hugo Gödde** (Biofleisch-Vermarkter), **Rudolf Oberpriller** (TAG-WERK Genossenschaft), **Ulrike Ostendorf** (Bio-Direktvermarkterin), **Dietmar Groß** (Bio-Regional Hessen), **Wendy Peter** („Bioforum Schweiz“). Moderation: **Uwe Schreiber** (AbL-Bundesvorstand)

Hofübergabe außerhalb der Erbfolge – wie es gehen kann

Referenten: **Dr. Frieder Thomas**, **Christian Vieth** (Universität Kassel), **NN** (Hofinhaber). Moderation: **Claudia Leibrock**, Evang. Landjugendakademie.

12:00 - 13:30 Uhr: Mittagspause

Kurzberichte aus den Foren

14:00 Uhr: Ende der Tagung

Samstag, 18. November 2006

Ab 14:00 Uhr:

AbL-Mitgliederversammlung

Berichte

Verlag, Finanzbericht, AbL-Geschäftsführung Vorstandsbericht und Ausblick Aussprache

Anträge

Turnusgemäße Neuwahl des AbL-Bundesvorstands

18:30 Uhr - 20:00 Uhr: Abendessen

Ab 20:30 Uhr Gemütlicher Abend Filmabend „We feed the world“ Gedichte und Kurzgeschichten von Matthias Stürwaldt.

Sonntag, 19. November 2006

8:30 Uhr Andacht

9:00 Uhr Frühstück, danach Abreise

Organisatorisches

Die Tagung wird von AbL und Bundesarbeitsgemeinschaft Ev. Jugend auf dem Lande gemeinsam durchgeführt.

Ort: Evangelische Landjugendakademie Altenkirchen/Ww., Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen, Tel.: 02681-95160, Fax: -70206
 Teilnehmerbeitrag (incl. Übernachtungen/Verpflegung): 85,00 Euro. Kinder bis 14 Jahre zahlen keinen Beitrag. Für eine Kinderbetreuung wird gesorgt. Gäste sind herzlich willkommen. Schriftliche Anmeldungen sind notwendig, bitte bis 10. November 2006 an: Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer, Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131-407757, Fax: 04131-407758

11/2006

unabhängige Bauernstimme: informieren, diskutieren, verändern

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Mit beiliegendem Scheck
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetentin / des Abonnetenten
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
 oder Fax 02381 / 492221